



Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

18. Sitzung (öffentlich)

3. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Cornelia Ruhkemper (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Landesclustermanagement Wald und Holz **6**

An den Bericht von Landesclustermanager Dr. Volker Ehlebracht – vgl. **Anlage 1** zu diesem Protokoll – schließt sich eine Aussprache an.

2 Unterausschuss „Klimaschutzplan“ **18**

– Beschluss über die Beschreibung der Aufgaben des Unterausschusses

Der **Ausschuss stimmt** der **Beschlussempfehlung** zur Beschreibung der Aufgaben des Unterausschusses „Klimaschutzplan“ einstimmig **zu** – vgl. **Anlage 2** zu diesem Protokoll.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

3 Millionenfachen Tod durch Mähmaschinen verhindern 19

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3236

Die **Beratung** über diesen Tagesordnungspunkt **wird verschoben.**

4 Transparenz von Transporten mit radioaktivem Material durch Nordrhein-Westfalen 20

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3242

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/3242** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten **ab.**

5 Urananreicherungsanlage in Gronau schließen 28

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3243

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/3243** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten **ab.**

6 Ergebnisse und Erfahrungen des Kompetenzzentrums Verbraucherforschung NRW 35

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/995

– Kurze Aussprache.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

- 7 Entwurf einer Verordnung zur Veränderung von Befristungen im
Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz 36**

Vorlage 16/970

Der **Ausschuss** wurde **angehört**.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper** Herrn Dr. Ehlebracht, den ersten Landesclustermanager Wald und Holz. Er werde gleich über seine Arbeit berichten.

Karlheinz Busen (FDP) bittet, TOP 3 „Millionenfachen Tod durch Mähmaschinen verhindern“, Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 16/3236, zu verschieben. Seitens der SPD-Fraktion und der Grünen habe es ein paar gute Anregungen gegeben.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) verweist auf den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag „Energiewende durch Bürger stärken – Bürgerenergieprojekte fördern statt verhindern“, Drucksache 16/3241. Er sei am 19. Juni plenar beraten worden – vgl. PIPr 16/33, S. 2931 bis 2937. Der Umweltausschuss sei mitberatend. Er wüsste gerne, wann der Antrag im Ausschuss beraten werden solle.

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper entgegnet, der Vorsitzende, Herr Ortgies, setze die Tagesordnung fest. Sie gehe davon aus, dass der Antrag in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung stehen werde. Das sei dann mit Blick auf die Plenarberatungsfolge sicher auch rechtzeitig.

1 Landesclustermanagement Wald und Holz

Bericht von Herrn Dr. Ehlebracht (Landesclustermanager)

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper merkt an, Minister Remmel habe bereits im Mai darum gebeten, dass Herr Dr. Ehlebracht im Ausschuss einmal seine Arbeit vorstellen dürfe.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) möchte die Gelegenheit nutzen, dem Ausschuss ein paar Kennziffern des Clusters Wald und Holz nahezubringen und damit zu begründen, warum es sinnvoll sei, wenn die Abgeordneten über das Clustermanagement informiert würden und je nach ihrem Wirkungskreis und Wirkungsort für entsprechende Vernetzung sorgen würden.

In Rede stehe der nachhaltigste Rohstoff, den es gebe, nämlich Holz. Er wachse im Wald. Das habe sehr viel mit Klimaschutz zu tun. Nach der zurzeit aktuellen Studie würden dadurch 15 Millionen t CO₂ jährlich an Belastungen minimiert. Das sei eine stolze Zahl.

Die wirtschaftlichen Kennziffern: Der Umsatz betrage 38 Milliarden € im ganzen Cluster. Das seien immerhin 7 % der gesamten Wirtschaftsleistung. In 18.000 Betrieben seien 180.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Das sei ein sehr bedeutender Wirtschaftszweig, der in der öffentlichen politischen und wirtschaftlichen Diskussion nicht immer an erster Stelle stehe. Er könne auch nicht ganz nachvollziehen, warum bei der Clusterbildung in der letzten Legislaturperiode zu den 16 Clustern das Cluster Wald und Holz nicht dazugehört habe. Er wolle jetzt nicht in die Geschichte zurückgehen, meine aber schon, dass das ein bedeutender Wirtschaftszweig in Nordrhein-Westfalen sei, in manchen Regionen des Landes auch strukturbildend.

Cluster heiße Netzwerk, heiße Zusammenführen der Betriebe zu gemeinsamen Projekten und gemeinsamen Schritten. Es gebe regionale Cluster im Bergischen Land, es gebe in Ostwestfalen und in der Eifel ein solches Cluster, aber kein landesweites Cluster. Das landesweite Cluster gebe es erst seit letztem Jahr. Er bedanke sich dafür, dass Herr Dr. Ehlebracht als Landesclustermanager seine Arbeit präsentieren könne. Er habe auch eine Broschüre zur Verfügung gestellt.

Der Landesbeirat Holz NRW e.V., in dem große Teile der Holzwirtschaft zusammengefasst seien, habe die Trägerschaft übernommen und habe sich in der Anfangszeit mit nur 10 % an den Kosten beteiligt. Ziel sei es, über die Zeit eine Verstetigung und eine Ausweitung des Eigenanteils zu erreichen. Dafür werde zumindest geworben.

Dr. Volker Ehlebracht (Landesclustermanager) trägt unter Zuhilfenahme von Schaubildern – vgl. **Anlage** zu diesem Protokoll – folgenden Vortrag vor:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich herzlich für die Möglichkeit, Ihnen heute über und vor allem aus der Arbeit des Landesclustermanagements Wald und Holz in NRW berichten zu dürfen. Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich Ihnen, Herr Minister Remmel, Ihrem Haus sowie dem Landesbetrieb Wald und Holz für Ihren Einsatz und die Unterstützung danken. Ohne Sie, Herr Minister und das Team des Ministeriums, aber auch des Landesbetriebes gäbe es das Landesclustermanagement in der Form, wie es seit etwa einem Jahr existiert, heute sicherlich nicht. Noch einmal herzlichen Dank dafür.

Minister Remmel hat in seiner Einführung bereits die wichtigsten Eckdaten und auch Rahmenbedingungen des Clusters Wald und Holz in NRW umrissen, sodass ich mich in meinen Ausführungen zu den ersten beiden Punkten relativ kurz fassen kann. Ich möchte Ihnen zunächst den Hintergrund des Landesclustermanagements und seine Struktur beschreiben, dann die Hauptziele meiner Arbeit umreißen und schließlich aus der vielfältigen Fülle der Arbeiten ein paar repräsentative Beispiele zeigen, mit denen das Landesclustermanagement die ihm gestellten Aufgaben und Ziele erreichen will.

Abschließend gestatten Sie mir, Ihnen einige Maßnahmenvorschläge ans Herz zu legen, mit denen Sie durch Ihre politische Arbeit den Cluster Wald und Holz voranbringen und erheblich unterstützen können. Denn bei aller Mühe und Einsatz werden wir als Landescluster nur dann erfolgreich sein, wenn neben den Akteuren des Clusters – der Minister erwähnte es – auch die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, also Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Arbeit unterstützen.

Das Landesclustermanagement – Minister Remmel hat es erwähnt – ist beim Landesbeirat Holz angesiedelt. Dieser bildet nunmehr die Basis, auf der durch fünf Säulen getragen, das Landesclustermanagement als Dach der Clusterakteure zu verstehen ist, unter dem, wenn es die Akteure wünschen, die Aktivitäten und Maßnahmen zusammengeführt und ein landeseinheitliches Auftreten haben können und hoffentlich dann auch ein breites Spektrum an Gehör und Aufmerksamkeit finden.

Die ökonomischen Daten und ökologischen Werte, die Herr Remmel auch eben kurz ansprach, sind beeindruckend: 38 Milliarden € Umsatz, 180.000 Beschäftigte und global 15 Millionen t CO₂, die das Cluster alljährlich durch seine Wirtschaftsleistung reduziert. Wenn man das auf die Beschäftigten umrechnet, kommt man auf eine Klimaschutzleistung von etwa 60 t CO₂ pro Beschäftigtem jährlich.

Wenn man diese ökonomischen Werte in einen bundesweiten Kontext stellt, dann sind sie umso beeindruckender. Wenn man darauf schaut, können wir mit Stolz sagen: NRW ist ein Wald- und Holz-Land. Ich denke, wir können nicht nur Hochdeutsch, was die Baden-Württemberger auch von sich behaupten, sondern wir

können auch Wald und Holz. Wie man hier sieht, liegen wir im Clustervergleich noch vor Baden-Württemberg, vor Bayern und vor den allgemein als Waldländern bekannten Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz. Wir können uns, was den Umsatz und was die Mitarbeiter und die Beschäftigten angeht, die sozialversicherungspflichtig im Cluster beschäftigt sind, durchaus sehen lassen.

Ein kleiner Wermutstropfen bei diesen Zahlen, die aus dem Jahre 2011 stammen, ist dabei. Wenn ich Ihnen die Zahlen von vor zehn Jahren vorgelegt hätte, aus dem Jahr 2003 nach der Entstehung der großen Clusterstudie hier im Land, dann hätten wir nicht nur im Umsatz, sondern auch mit der Zahl der Beschäftigten vor Baden-Württemberg und Bayern gelegen. Vor 11 Jahren, im Jahr 2002, haben noch etwa 250.000 Menschen im Cluster Wald und Holz in NRW sozialversicherungspflichtig gearbeitet. Wenn man es plakativ ausdrücken wollte, so haben wir in den letzten zehn Jahren im Land mehr als ein Opel-Werk im Gesamtcluster verloren. Jedoch hat dieser Arbeitsplatzverlust deutlich weniger Aufmerksamkeit erregt.

Aus diesen Ausführungen möchte ich die Hauptziele für die Arbeit des Clusters ableiten: Da wäre zunächst der Erhalt der Wertschöpfungskette des Clusters Wald und Holz. Denn es darf aus meiner Sicht kein Glied dieser Kette wegbrechen. Das hätte unweigerlich Auswirkungen auf die Leistungen des gesamten Clusters.

Als zweites sehr wichtiges Ziel ist die Verdeutlichung der Vorbildfunktion des Clusters Wald und Holz für nachhaltiges Wirtschaften, Ressourceneffizienz und Klimaschutz zu nennen. Der Cluster Wald und Holz passt somit hervorragend in die zurzeit in Arbeit befindliche Umweltwirtschaftsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Als letztes wichtiges Ziel habe ich die Verbesserung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Clusters Wald und Holz Nordrhein-Westfalen aufgeführt. Um diese Ziele zu erreichen, hat das Landesclustermanagement seit dem Start seiner Arbeit eine Reihe von Projekten initiiert, durchgeführt und Aktivitäten gestartet. Eine Reihe dieser Arbeiten finden Sie in dem ausgelegten Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 2012, dem ersten halben Jahr meiner Tätigkeit. Über weitere ausgewählte, repräsentative und aktuelle Beispiele möchte ich Ihnen nun berichten. Die Fülle und die unglaubliche Vielfalt des Clusters haben verlangt, dass ich mich auf einige repräsentative Beispiele beschränken musste.

Ein Problem der Holzwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist momentan die Mobilisierung von Rundholz, insbesondere aus dem Privatwald, der immerhin 65 % der Waldfläche in Nordrhein-Westfalen umfasst. Eine große Herausforderung stellt hier vor allem die Navigation im Wald dar, das heißt das Auffinden von gelagertem Holz durch die Unternehmen und das Wissen des Waldbesitzers, der Waldbesitzerin, wo bestimmte Holzsortimente für den Verkauf bereitgestellt werden können.

Das Landesclustermanagement hat daher gerne gemeinsam mit dem Waldbauernverband NRW die Aufgabe übernommen, die Nutzungsmöglichkeiten der Waldwegesoftware, NavLog genannt, bei Kleinunternehmen und Waldbesitzern bekannt zu machen und die Nutzung des Rahmenvertrages, welches das Land

NRW mit der NavLog GmbH Ende vergangenen Jahres abgeschlossen hat, zu betreuen. Dies macht es interessierten Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sowie insbesondere kleineren Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen möglich, für ein Jahr das notwendige digitale Kartenmaterial für die Navigation im Wald kostenfrei zu nutzen.

Um das zu erreichen, wurden von uns in Zusammenarbeit mit den regionalen Clustern – zum Beispiel dem Holzkompetenzzentrum in Nettersheim – und dem Waldbauernverband mehrere Informationsveranstaltungen in ganz Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Sie hatten bis dato den Erfolg, dass immerhin 56 Betriebe derzeit von der Möglichkeit Gebrauch machen, den durch den Rahmenvertrag des Landes für diese Betriebe kostenfrei gesicherten Gebrauch der digitalen Karten sich zu eigen zu machen. Es könnten sicherlich noch mehr sein. Aber unsere Aktivitäten, das zu bewerben und voranzubringen, sind auch noch nicht beendet.

Eine herausragende Aufgabe in diesem Jahr war es, den Cluster Wald und Holz Nordrhein-Westfalen auf der wichtigsten internationalen Leitmesse der Forst- und Holzwirtschaft, der alle zwei Jahre stattfindenden LIGNA in Hannover zu präsentieren. Die Bilder zeigen den Stand des Clusters im Pavillon des Landesbetriebes Wald und Holz NRW, welcher an sehr exponierter Stelle auf dem Messegelände zu finden war, nämlich dem bekannten Expo-Dach, welches bekanntermaßen komplett aus Holz gefertigt ist und ein herausragendes Beispiel des Holzbaus darstellt. Besonders möchte ich auf die rechte Bildseite verweisen. Dort ist das Clusterhaus dargestellt, welches vom Fachbereich Architektur der Fachhochschule Dortmund entworfen und bereitgestellt wurde.

Hier hatten alle Akteure des Clusters die Gelegenheit, sich darzustellen, sodass sich verschiedene regionale Cluster, die Hochschulen des Landes, die sich mit Holzbau, Holzingenieur, Architektur beschäftigen, Verbände – zum Beispiel Tischler und Zimmerer in Nordrhein-Westfalen –, aber auch Unternehmen, eben die tragenden Säulen des Clusters, unter dem Dach des Landesclusters einem breiten Publikum präsentieren konnten. Die Vielfalt und Leistungsfähigkeit des Clusters Wald und Holz konnte auch internationalen Besuchern der Messe gezeigt werden. Hier sieht man zum Beispiel eine chinesische Delegation. Mit Unternehmen des Clusters konnten erste Kontakte – Adressenaustausch, Geschäftsbeziehungen – geknüpft werden.

Eine wichtige Aufgabe ist es, eine Brücke zwischen Praxis und Forschung zu schlagen sowie Bauingenieure, Architekten und Studierende dieser Fachrichtungen für den Wertstoff Holz zu begeistern. Darum hat sich das Landesclustermanagement aktiv an der Durchführung des EBH-Kongresses beteiligt. EBH steht für effizientes Bauen mit Holz. In diesem Jahr stand dieser Kongress unter dem Motto „Holzbau im urbanen Raum“.

Des Weiteren wird sich das Landesclustermanagement aktiv an der Durchführung von Hochschulpraxistagen beteiligen, die in diesem Jahr an den beiden Universitäten in Köln und Bielefeld im Herbst dieses Jahres stattfinden werden. Dies soll dem Ziel dienen, Studierende und Lernende für eine Karriere im Cluster Wald und

Holz zu interessieren und mit Unternehmen aus dem Cluster zusammenzubringen. Denn wie in allen großen Wirtschaftsbereichen ist auch der Cluster Wald und Holz darauf angewiesen, dass hochqualifizierter Nachwuchs sich weiterhin mit dem Werkstoff Holz, mit dem Wald und mit allem, was damit zu tun hat, beschäftigt und die guten Traditionen und die guten Unternehmen, die guten Ansätze, das gute Arbeiten in Nordrhein-Westfalen weiterführt.

Die nachfolgenden Bilder sollen weitere Beispiele aus der Clusterarbeit zeigen. Ein Bild zeigt den Besuch ukrainischer Forstleute im Zentrum Holz in Olsberg. Im Zentrum Holz in Olsberg hat das Landesclustermanagement seinen Sitz seit Oktober letzten Jahres – ein hochinteressantes Gebäude, vollständig in Holzbauweise errichtet. Dort können alle Möglichkeiten besichtigt werden, was man aus dem Werkstoff Holz machen kann. Sollten Sie einmal in das wunderschöne Sauerland kommen und an Olsberg vorbeifahren, dann kommen Sie, wenn Sie das Zentrum Holz links am Weg liegen sehen, bitte vorbei und schauen Sie sich das an.

Auf der linken Seite sehen Sie einen Tagungssaal aus dem Zentrum Holz. Man sieht der Wand, auf die das Bild projiziert ist, nicht unbedingt an, dass sie vollständig aus Holz besteht.

Auf der rechten Seite – ein wichtiger Teil des Clusters – sieht man diejenigen, die sich handwerklich mit dem Thema Holz auseinandersetzen. Das sind in Nordrhein-Westfalen die Tischler, die Zimmerer und die Holzbauer, ein ganz wichtiger Zweig der Branche des Clusters Wald und Holz. Von daher freue ich mich, dass wir auch die Gelegenheit haben, uns beispielsweise bei der Obermeistertagung der Zimmerer Westfalens, die in diesem Jahr in Rietberg stattgefunden hat, einzubringen und das Cluster Wald und Holz den dort sich befindenden Obermeistern nahezubringen.

Eine wichtige Aufgabe ist es auch, das Wissen über Wald und Holz zu den Menschen zu tragen. Ein Aspekt, wie wir das in diesem Jahr machen und gelöst haben, ist es, sich an verschiedenen Veranstaltungen der Volkshochschulen zu beteiligen. Das Bild auf der linken Seite zeigt ein Studienforum, organisiert von der Volkshochschule in Beckum, welches sich mit dem Mythos Wald beschäftigt. Dort hatten wir die Aufgabe und das Glück, den Menschen über die ökologische, ökonomische und politische Bedeutung des Waldes Nordrhein-Westfalen etwas sagen zu können. Ich habe erfahren, dass die Menschen sehr überrascht sind, wenn sie von der Leistungsfähigkeit des Clusters und davon hören, wie groß der Anteil an der Wirtschaftskraft ist, wie hoch der Anteil an Klimaschutz, an Naturschutz durch den Cluster Wald und Holz Nordrhein-Westfalen ist.

Ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit ist, die enge Zusammenarbeit im Schulterschluss mit den regionalen Clustern zu suchen. Deswegen auf der rechten Seite ein Bild von einer Veranstaltung beim Regionalcluster Bergisches Land. Wir waren eingeladen und konnten dort die Arbeit des Landesclusters präsentieren und, ich denke, den einen oder anderen aus dem Bergischen Land für die Mitarbeit im Landesclustermanagement gewinnen.

Ein ganz wichtiger Aspekt der Arbeit, der uns weiterhilft, insbesondere um die Akteure des Clusters zu vernetzen, ist unser Internetprojekt. Nach meiner Kenntnis sind wir derzeit die erste Clusterinitiative, die eine echte Branchenplattform für die Clusterakteure bildet.

Mit Hilfe dieser Plattform können sich die Unternehmen untereinander austauschen, miteinander kommunizieren, Neuigkeiten austauschen, sich kennenlernen, relativ unverbindlich und anonym oder über uns als Mittler, was auch sehr fleißig genutzt wurde und was zu meiner Freude schnell dazu geführt hat, dass es zu Unternehmenskooperationen gekommen ist – Unternehmenskooperationen zwischen Unternehmen, die sich wahrscheinlich vorher nicht getroffen hätten, nämlich zwischen einem sehr großen Holzwerkstoffunternehmen, weltweit agierend und international aufgestellt, und einem regionalen Betrieb mit einigen wenigen Mitarbeitern im Herzen des Sauerlandes. Solche Kooperationen wären sicherlich ohne die Aktivitäten des Clusters nicht zustande gekommen. Darauf kann man, denke ich, stolz sein, denn es bringt sowohl für den überregional tätigen Betrieb, der etwa 1.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hat, aber auch für den kleinen regionalen Betrieb, der 15 Arbeitsplätze in einer relativ strukturschwachen Region unterhält, Vorteile.

Meine Bitte, schauen Sie in die Homepage hinein, wenn Sie dazu die Gelegenheit haben! Sie werden da auch jederzeit einen aktuellen Newsticker aus der Branche finden. Wenn Sie sich einmal rasch informieren wollen, was in der Branche los ist, dann schauen Sie hinein! Da werden Sie die Information finden. Dort werden auch alle Aktivitäten des Clusters dargestellt. Die, über die ich heute nicht berichten kann, werden Sie dort finden. Sie werden dort Termine finden, was wir in den nächsten Wochen und Monaten und Tagen vorhaben – morgen ist wieder der nächste Termin. Schauen Sie einmal rein! Es lohnt sich.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte die Gelegenheit nutzen, Sie für einige Aspekte zu sensibilisieren, die sich im Rahmen der bisherigen Clusterarbeit herauskristallisiert haben und die durch Ihre politische Arbeit effektiv unterstützt werden können. Die hier genannten Punkte würden den Cluster Wald und Holz in Nordrhein-Westfalen schnell voranbringen und kurzfristig erheblich zu seiner Stabilisierung sowie mittel- bis langfristig auch zu einer sehr positiven Entwicklung beitragen.

Als ersten Punkt habe ich die Änderung bzw. Novellierung der Landesbauordnung aufgeführt. Was in Nordrhein-Westfalen leider noch nicht funktioniert, wäre die Zulassung des mehrgeschossigen Holzbaus. Auf der linken Bildseite haben Sie ein Beispiel, wie so etwas funktionieren kann. So etwas dürfen wir nach den derzeit geltenden Bauregeln in Nordrhein-Westfalen noch nicht bauen. Es wäre schön, wenn so etwas in Zukunft möglich wäre.

Es ist relativ einfach, das zu tun. Momentan müsste nur das Land Nordrhein-Westfalen die Landesbauordnung an die Musterbauordnung des Bundes anpassen. Diese Maßnahme würde rasch zu einer vermehrten Verwendung von Holzbauprodukten, zu einer erheblichen Verbesserung der Wertschöpfung und damit

der wirtschaftlichen Situation der Holz be- und verarbeitenden Betriebe in Nordrhein-Westfalen beitragen. Denn schon jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, finden 50 % bis 60 % des verarbeiteten Holzes im Bausektor Verwendung. Auch könnte dadurch die Speicherung von CO₂ in langlebigen Holzprodukten weiter verbessert werden.

Wie eine aktuelle Klimaschutzstudie aus dem Umweltministerium zeigt, ist gerade die Speicherung von CO₂ in langlebigen Holzprodukten ein adäquates und sehr wirkungsvolles Mittel, den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre positiv zu beeinflussen.

Ein weiterer Punkt wäre es, die Holzmobilisierung auch durch andere Maßnahmen zu unterstützen. Ich sagte es schon: Momentan ist die Mobilisierung von Rundholz für viele holzwirtschaftliche Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ein Problem. Ein Punkt ist es – da ist das Land schon sehr aktiv –, die Navigation im Wald zu verbessern. Ein weiterer Punkt – da wären Sie als Politikerinnen und Politiker gefragt – wäre es beispielsweise zu prüfen, ob § 6 des Einkommensteuergesetzes, die sogenannte Reinvestitionsrücklage, bei Forstbetrieben anwendbar ist. Dies hat man relativ unbürokratisch schon nach dem Sturm Kyrill so gehandhabt. Es ist zu überlegen, ob dies nicht auch in Zukunft ein Mittel wäre, um mehr Holz, insbesondere aus dem Privat- und Kommunalwald, zu mobilisieren.

Ein nächster Punkt wäre die vermehrte Verwendung von Holz bei öffentlichen Bauvorhaben. Dies hätte Vorbildcharakter für private Bauträger und würde dem Ziel einer CO₂-neutralen Verwaltung Rechnung tragen. Es sollte daher bei Baumaßnahmen der öffentlichen Hand der Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie „Berücksichtigung von Aspekten des Umweltschutzes und der Energieeffizienz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ aus dem Jahre 2010 in die Praxis umgesetzt werden.

Hier heißt es zum Beispiel zu Verwendung von Holz: „Bei Bauaufträgen sind Recyclingstoffe und der Baustoff Holz – ihren technischen und ökologischen Eigenschaften entsprechend – gleichberechtigt in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.“ Ich rege an, diesen Runderlass mehr in der Praxis anzuwenden, und es wäre schon sehr viel geschafft.

Ein weiterer Punkt ist die gesetzliche Berücksichtigung der Klimaschutzleistung des Clusters Wald und Holz. Dies würde bestätigen, dass es in Nordrhein-Westfalen eine Branche gibt, deren wirtschaftliche Leistung und Wachstum eine positive Wirkung auf die CO₂-Bilanz hat und den Gedanken eines ökologischen Wirtschaftswachstums im Rahmen der Umweltwirtschaftsstrategie unterstützen.

Ein erster Schritt ist in jedem Fall schon getan, denn das Landesclustermanagement und der Landesbetrieb Wald und Holz sind an der Erarbeitung des Klimaschutzplanes beteiligt. Wir sind dort in verschiedenen Arbeitsgruppen tätig. Es bleibt daher zu hoffen, dass unsere Maßnahmenvorschläge in dem fertigen Dokument und Handlungskatalog Berücksichtigung finden.

Ein Punkt, den auch Minister Remmel schon erwähnte, ist die Aufnahme des Clusters Wald und Holz in die Riege der Landescluster. Dies würde der Bedeutung des

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Clusters gerecht werden und die öffentliche Wahrnehmung des Clusters Wald und Holz weiter verbessern sowie der Clusterarbeit weitere Möglichkeiten, zugegebenermaßen auch der Förderung, erschließen.

Mit diesen Vorschlägen möchte ich meinen Bericht über die aktuelle Arbeit des Landesclustermanagement beenden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und möchte Sie herzlich einladen, meine Arbeit, die Arbeit des Landesclustermanagements, weiter zu unterstützen und zu begleiten, sich darüber zu informieren, damit der Cluster Wald und Holz in Nordrhein-Westfalen weiterhin ein Erfolgsmodell bleibt. Kommen Sie nach Olsberg! Informieren Sie sich! Melden Sie sich bei mir! Wenn ich helfen kann, komme ich gerne. Ich stehe jetzt gerne für Ihre Fragen zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper bedankt sich für den Vortrag. Die Einladung werde man gerne annehmen und zu einem gegebenen Zeitpunkt darauf zurückkommen.

Annette Watermann-Krass (SPD) gibt an, sie sei in Olsberg gewesen, komme aber gerne wieder. Sie sehe, dass das in den Anfängen stecke und dass da noch eine Menge Potential sei.

Dr. Ehlebracht habe vom Abbau der Arbeitsplätze in der Holzverarbeitung gesprochen. Die holzverarbeitende Wirtschaft sei immer noch sehr stark, wenn es um Möbelbau, Parkett in Nordrhein-Westfalen gehe. In Ostwestfalen – das sei bekannt – habe es einen großen Schwund gegeben.

Das Cluster Holz sei in dem Bereich Umwelt untergebracht worden. Es gebe auch den Landesbetrieb. Hier solle das verankert werden. Ein kleiner Ansatz befinde sich im Wirtschaftsministerium, der Möbelbau. Das Wirtschaftsministerium sollte den Cluster Wald und Holz wahrnehmen. Sie frage, ob eine Zusammenarbeit denkbar sei und ob von der Wirtschaftsebene Unterstützung komme, sodass man gemeinsam etwas auf den Weg bringen könne.

Diese Ansätze gebe es, erwidert **Dr. Volker Ehlebracht (Landesclustermanager)**. Der Cluster Wald und Holz habe einen Anteil von relativ großen Betrieben auch in Nordrhein-Westfalen. Das dürfe man nicht vergessen. Es gebe großindustrielle Unternehmen im Bereich der Zellstoffindustrie, der Holzwerkstoffindustrie. Es gebe nicht mehr die großen Möbelfirmen, das habe Frau Watermann-Krass gesagt. Sehr stark sei Nordrhein-Westfalen – das betreffe nicht die 180.000 Beschäftigten im Cluster Wald und Holz – der Holzmaschinenbau. Die Beschäftigten seien im Cluster des Maschinenbaus im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Da wäre eine erste Überschneidung.

Die zweite Überschneidung betreffe den gesamten chemischen Bereich, der gerade für die Zellstoffindustrie, die Holzwerkstoffindustrie wichtig sei. Auch der Cluster sei

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Die Clusterakteure des Wald- und Holzclusters seien große Kunden in dem Bereich. Sie seien sehr innovativ. Es gebe großindustrielle Ansätze. Natürlich habe man auch den kleinen Zimmererbetrieb, das kleine Sägewerk, den kleinen Holzbaubetrieb und das Handwerk darin. Daran habe das Wirtschaftsministerium sicher großes Interesse, weil das Handwerk in Nordrhein-Westfalen traditionell sehr stark sei. Das Landesclustermanagement suche auch den Schulterschluss mit den Handwerksverbänden. Man pflege enge Kontakte mit den Innungsverbänden des Tischler- und Zimmererhandwerks. Auch mit dem Handelskammertag in Nordrhein-Westfalen und mit der Handwerkskammer Westfalen würden Kontakte gepflegt.

Das Landesclustermanagement versuche, auf dieser Ebene Kontakte aufzubauen, man arbeite zusammen. Es würde helfen, wenn er mit dem Argument in diese Gespräche hineingehen könne, dass man zu den Landesclustern in Nordrhein-Westfalen gehöre. Die Frage tauche in den Gesprächen immer auf, warum man das Cluster Wald und Holz dort nicht finde. In vielen Punkten sei eine Überschneidung gegeben. Wenn mit dem Wirtschaftsministerium gesprochen werden sollte, komme er gerne in der Diskussion dazu.

Rainer Deppe (CDU) bedankt sich für die Ausführungen. Er hätte auch noch einmal nach der Bedeutung des Clusters gefragt. Dr. Ehlebracht setze sich für die Aufnahme in die Riege der Landescluster ein. Er meine, dass die Cluster nicht alle in einem Ministerium gebündelt sein müssten. Das Cluster Ernährung sei auch nicht beim Wirtschaftsministerium angesiedelt. Er fände es gut, wenn die Ressortzuständigkeit da bleibe, wo der größte Teil der Tätigkeit angesiedelt sei.

Mit Blick auf den Arbeitsplatzverlust frage er, ob Dr. Ehlebracht identifizieren könne, in welchen Bereichen er stattgefunden habe, ob der Rückgang generell den ganzen Cluster betreffe bzw. nur bestimmte Sektoren betreffe.

Es sei gesagt worden, dass die Wertschöpfungsketten erhalten bleiben müssten. Er frage, an welchen Stellen Dr. Ehlebracht die konkrete Gefahr sehe, dass sie unterbrochen würden, dass sie nicht mehr hier seien. Um solche Bereiche müsse man sich ja vordringlich kümmern.

Nun seien fünf Hauptziele mit Blick auf das Landesclustermanagement Wald und Holz aufgeführt worden. Er frage, welche politischen Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Dr. Volker Ehlebracht (Landesclustermanager) führt aus, die größten Arbeitsplatzverluste seien in den letzten Jahren im Möbelsektor zu verzeichnen gewesen. Gerade in Ostwestfalen seien bedeutende Möbelfirmen nicht mehr existent. Das ziehe sich durch die gesamte Wertschöpfungskette.

Die Produktivität sei in vielen Bereichen gesteigert worden. Die Spanplattenproduktion, die in Nordrhein-Westfalen stark gewesen sei, gehe zurück, weil Spanplatten in anderen Ländern günstiger produziert werden könnten.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Zu den Wertschöpfungsketten, die gefährdet seien: Im Sägewerksbereich gebe es im Moment Probleme, was damit zu tun habe, dass nicht genug Rundholz zur Verfügung stehe. Die Holzmobilisierung sei ein wichtiger Aspekt, wobei auch gesamtwirtschaftliche Aspekte eine Rolle spielten. Im Cluster Wald und Holz sei man einem globalen Markt ausgesetzt. Hier würden Holzprodukte eingeführt, die etwas günstiger seien, als wenn sie von der heimischen Industrie produziert würden. Es gebe immerhin noch ein relativ großes Problem, das die Wertschöpfung exportiert werde.

Rundholz werde aus dem Land ausgeführt. NRW sei stark. Die Grafik habe gezeigt, dass NRW mit einem Umsatz von 38 Milliarden € vor Bayern und Baden-Württemberg liege, die deutlich mehr Mitarbeiter in diesem Cluster hätten.

In Nordrhein-Westfalen gebe es eine tiefgehende Wertschöpfung für Holz. Deswegen sei es wichtig, dass das Holz in runder Form im Lande bleibe und nur in verarbeiteter, sprich wertgeschöpfter Form das Land verlasse. Im Moment sehe er die Gefahr für die ersten Glieder der Kette. Das seien Holzeinschlagsunternehmen, Sägewerke, aber auch Holzwerkstoffhersteller. Da sehe er momentan ein Problem. Da müsse etwas getan werden.

Es gebe keinen Konflikt zwischen den Ressorts, betont **Minister Johannes Remmel (MKULNV)**. In der Legislaturperiode 2005 bis 2010 seien den bestimmten Clustern europäische Mittel zugeordnet worden. Damals habe die Auswahl der 16 Cluster stattgefunden. Im Nachgang könne man natürlich fragen, warum die Auswahl so getroffen worden sei. Darum gehe es aber nicht. Die Förderperiode laufe jetzt aus, jetzt stehe man vor der nächsten Förderperiode.

Es sei wichtig, sich mit dem Cluster sowohl im Ernährungsbereich als auch mit dem Cluster Wald und Holz aufzustellen, um zu verdeutlichen, dass das eine große Bedeutung für den heimischen Markt habe, aber auch global für den Standort. Da sollte man sich vernetzen und entsprechend orientieren. Die Aufstellung beziehe sich auch auf die neue Förderperiode. Es sei aber keine Frage der Einordnung oder Zuständigkeit. Da sehe er innerhalb der Landesregierung überhaupt kein Problem.

Er habe zum zweiten Mal die LIGNA besucht. Das wäre sicher auch einmal eine lohnende Reise für den Ausschuss. Das sei die weltgrößte Industriemesse in dem Cluster Wald und Holz. Man bekomme auf sehr beeindruckende Art und Weise vorgeführt, wie die Vernetzungen, die Verbindungen funktionierten. Es sei für Nordrhein-Westfalen von Bedeutung, wenn es führend bei den Möbelmaschinenherstellern sei und gleichzeitig das Cluster in der Möbelindustrie habe. Das habe Wirkung in beiden Feldern und könne man durch die Gestaltung von Rahmenbedingungen verändern und verbessern.

Zu den fünf angesprochenen Punkten: Die Novellierung der Landesbauordnung stehe im Koalitionsvertrag. Das werde umgesetzt. Bei der nächsten Novellierung der Landesbauordnung werde das mit eingefügt. Es werde auf einen entsprechenden Entwurf gewartet, damit man endlich vorankomme. Es sei auch schon von der vor-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

letzten Landesregierung gefordert worden, dass man auch das zweite, dritte, vierte und fünfte Geschoss mit Holz erbauen dürfe.

Die Unterstützung der Holzmobilisierung müsse mit dem Finanzminister geklärt werden. Er halte den Vorschlag für unterstützenswert. Es sei aber nicht der alleinige Weg. Man müsse und könne auch im freiwilligen Bereich zu Holzmobilisierung noch mehr tun. Das große strukturelle Problem in Nordrhein-Westfalen sei die Kleinteiligkeit der Besitzstruktur. Es gebe 160.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, von denen viele nicht wissen würden, dass sie Wald besäßen. Durch die Erbteilung sei der Besitz zum Teil so kleinteilig geworden, dass einem im Vorder- oder Hinterkopf nicht bewusst sei, dass man da Wald habe. Letztlich brauche man hier Strukturen, in denen stärker gemeinschaftlich bewirtschaftet werde. Man brauche auch freiwillige Wege, die zu einer Flurbereinigung führten.

Zur Verwendung von Holz bei öffentlichen Bauvorhaben: Die Grundlagen seien genannt worden. Natürlich könne jede Kommune vor Ort bei Ausschreibungen etwas tun, wenn es zum Beispiel darum gehe, eine der vielen kleinsten Brücken zu ersetzen. Er nenne ein Beispiel. Es gebe hervorragende Möglichkeiten, Brücken aus Holz zu bauen. Sie müssten nicht aus Beton gebaut werden. Auch da könne der Werkstoff verwendet werden. Vielfach würden sich die Personen in den Kommunalverwaltungen, die die Ausschreibungen durchführten, nicht mit Holzkonstruktionen und Holzbauweise auskennen. Da sei viel an Fort- und Weiterbildung zu leisten. Andere Länder wie Bayern und Österreich arbeiteten da sehr viel offensiver in Richtung Holz, auch in der Verwendung in solchen öffentlichen Bauvorhaben.

Zur Frage der gesetzlichen Verankerung oder weiteren Berücksichtigung in Normen: Der entscheidende Punkt der Studie besage: Die Klimaschutzleistung von Wald und Holz werde dadurch erbracht, dass der Werkstoff möglichst lange genutzt werde, dass CO₂ möglichst lange gebunden werde. Das heiße, man müsse auch im DIN-Wesen dazu kommen, die Kaskadennutzung zu unterstützen, das Holz also nicht direkt zu verbrennen, sondern nach Möglichkeit erst in einem Möbelstück zu binden, dann über die Spanplatte zu kommen und erst an der dritten oder vierten Stelle die energetische Verwertung vorzusehen. Dafür brauche man technische Vorgaben und Normungen, die es erlauben würden, diesen Werkstoff auch in der Kaskade nutzen zu können. Es sei Gestaltungsaufgabe auf Landes- und Bundesebene, das Normwesen so zu verändern und zu verbessern, dass die Klimaschutzleistung auch zum Tragen komme.

Das Land stelle sich jetzt auf. Er bedanke sich dafür, dass Dr. Ehlebracht das Cluster Wald und Holz heute im Ausschuss habe vorstellen können. Er hoffe auf die Unterstützung des Ausschusses.

Dr. Volker Ehlebracht (Landesclustermanager) merkt an, er habe sich sehr gefreut, hier sein zu dürfen. Er bitte die Abgeordneten, nach Olsberg zu kommen, sich die Homepage anzuschauen. Er komme auch gerne in den Wahlkreis.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Zu den Holzbrücken werde im Herbst eine Veranstaltung durchgeführt, auf der versucht werden solle, die kommunalen Entscheidungsträger zu gewinnen. Wenn der Termin feststehe – die Rohstruktur stehe, die Referenten stünden auch fest, das Ganze werde in Dortmund mit hoher Wahrscheinlichkeit stattfinden –, werde er das dem Ausschuss gerne zukommen lassen mit der Bitte, die Information an die kommunalen Entscheidungsträger in dem jeweiligen Wirkungsbereich zu verteilen, damit man für diese Veranstaltung auch eine möglichst hohe Resonanz gewinne.

(Allgemeiner Beifall)

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

2 Unterausschuss „Klimaschutzplan“

– Beschluss über die Beschreibung der Aufgaben des Unterausschusses

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper verweist auf die als Tischvorlage verteilte Beschlussempfehlung – vgl. **Anlage 2** zu diesem Protokoll.

Norbert Meesters (SPD) führt aus, die Einrichtung des Unterausschusses „Klimaschutzplan“ basiere auf einem Entschließungsantrag zum Klimaschutzgesetz der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Januar 2013 – vgl. Drucksache 16/1958. Dieser Entschließungsantrag habe die Einbindung des Landtages in der Erstellung des Klimaschutzplanes zum Ziel. In diesem Entschließungsantrag heiße es: „Der Landtag schafft zudem ein Gremium, das die Erarbeitung der Klimaschutzpläne und deren Umsetzung begleitet.“ Dieses Gremium solle nun der Unterausschuss darstellen. Das sei vom Ältestenrat so beschlossen worden. Jetzt sei es darum gegangen, die Aufgaben des Unterausschusses zu definieren.

Die vier Fraktionen hätten den Vorschlag gemeinsam diskutiert. Auch ein Obleutegespräch habe eben noch stattgefunden. Von den Piraten habe es keine Rückmeldung gegeben. Heute sei noch einmal intensiv telefoniert worden. Das sei wohl nicht an Herrn Rohwedder weitergeleitet worden.

Aus den Beratungen sei das vorliegende Papier entstanden, was er in einzelnen Punkten nicht noch einmal darstellen wolle. Wenn der Beschluss gefasst sei, sollten die Sprecher zeitnah Kontakt aufnehmen, um die Termine festzulegen, damit das Gremium nach der Sommerpause schnell mit der Arbeit beginnen könne.

Der **Ausschuss stimmt** der **Beschlussempfehlung** zur Beschreibung der Aufgaben des Unterausschusses „Klimaschutzplan“ einstimmig **zu** – vgl. **Anlage 2** zu diesem Protokoll.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

3 Millionenfachen Tod durch Mähmaschinen verhindern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3236

Die **Beratung** über diesen Tagesordnungspunkt **wird verschoben.**

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

4 Transparenz von Transporten mit radioaktivem Material durch Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3242

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) berichtet, am Vorabend habe er am Düsseldorfer Bahnhof gestanden und wollte mit dem Zug nach Dortmund fahren. Die Züge seien ausgefallen bzw. stark verspätet gefahren, und zwar weil ein Gefahrguttransport auf der Schiene entgleist sei. Er habe geborgen werden müssen. Er sei froh, dass das kein Uranhexafluorid- oder Uranoxid-Transport gewesen sei. Es sei deutlich geworden, wie wichtig ein Gefahrgut-Informationssystem wäre, das es in anderen Bundesländern schon gebe. Das werde für Nordrhein-Westfalen unter Punkt 6 des Antrages ausdrücklich gefordert.

Bekannt sei ein Fall, in dem ein Lastwagen mit radioaktivem Material, das für Gronau bestimmt gewesen sei, in Hamburg beladen worden sei und noch vor den Grenzen Nordrhein-Westfalens gestoppt worden sei, weil die Träger durchgerostet gewesen seien. Solche Dinge würden passieren, wenn man Lasterverkehre benutze. Schienenverkehr sei tendenziell besser als Lasterverkehr. Das sei sicherer, da passiere weniger. Aber dass das auch nicht hundertprozentig sicher sei, zeige der Vorfall vom Vortag zwischen Duisburg und Dortmund. Er wünsche – er habe allerdings wenig Hoffnung, dass das eintrete –, dass die Diskussion heute vonseiten der anderen Parteien nicht so formell und inhaltslos wie in der Plenardebatte geführt werde.

Josef Wirtz (CDU) meint, der Antrag berge hohe Risiken für Mensch und Umwelt. Wenn man auf dem öffentlichen Altar ausbreite, dass es solche Transporte in Nordrhein-Westfalen, überhaupt in der Bundesrepublik gebe, dann sei das unter Umständen eine Motivation für Kriminelle, nicht nach Recht und Gesetz zu handeln, sondern zu Straftaten aufzurufen. Man habe es hier von einer nicht mehr im Landtag vertretenen Fraktion erlebt, die öffentlich zu Straftaten aufgerufen habe, und zwar in Form des sogenannten Schotterns.

Hier gebe es nach Recht und Gesetz Genehmigungsverfahren. Zuständig sei das Bundesamt für Strahlenschutz, eine Bundesbehörde auf der Grundlage der Strahlenschutzverordnung und des Atomgesetzes. Das Bundesamt entscheide über die Genehmigung eines Transportes bzw. Nichtgenehmigung. Gott sei Dank!, entscheide das hier nicht der Landtag, auch nicht die Landesregierung.

Es sei klar geregelt. Da säßen Fachleute, die das intensiv prüfen würden. Es müssten auch Auflagen erfüllt werden, um überhaupt eine Genehmigung zu bekommen. Das hänge sehr eng mit der Sicherheit von solchen Transporten zusammen, insbesondere betreffe das die Menschen, die an diesen Routen beheimatet seien. Deshalb werde seine Fraktion – das habe er im Plenum bereits angekündigt – diesen Antrag ablehnen. Denn es gebe nun einmal gewisse Bereiche, in denen man das nicht

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

öffentlich machen dürfe. Das hänge sehr eng mit der Sicherheit für die betroffenen Menschen zusammen.

Nach Ansicht von **Hans Christian Markert (GRÜNE)** ist in der Plenardebatte am 19. Juni 2013 – vgl. PIPr 16/33, S. 2937 ff. – nicht inhaltsleer diskutiert worden. Die Abgeordneten hätten sich über die rechtlichen Möglichkeiten und auch Beschränkheiten des Landesgesetzgebers ausgetauscht. Es bestehe kein Zweifel daran, dass die Grünen und die die Landesregierung tragenden Fraktionen Atomtransporte, wie übrigens auch die Gewerkschaft der Polizei, in der Vergangenheit abgelehnt hätten und auch in der Gegenwart ablehnten. Das sei eine politische Ablehnung, ein Bekenntnis.

Sehr wohl sei bekannt, dass weder die Frage der Einlagerung beispielsweise in Ahaus noch die Genehmigung von Castor-Transporten landesrechtlichen Regelungen unterliege oder dass NRW durch landesrechtliche Regelungen diese Transporte verändern könne. Das Land habe nicht die Möglichkeit, rechtlich einzugreifen.

Wie gesagt, seine Fraktion lehne Castor-Transporte und andere Transporte ab. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart worden, dass die 150 Castor-Behältnisse in Jülich nur noch einmal transportiert würden, nämlich in ein sogenanntes Endlager. Verschiebe-Bahnhöfe seien nicht gewollt. An der Stelle gebe es ein gemeinsames politisches Bekenntnis.

Jetzt stelle sich die Frage, ob man sich dazu hinreißen lasse, die Routen dieser Transporte, die auch von der Gewerkschaft der Polizei – er wiederhole sich – nicht gewollt seien, wenn sie stattfänden, zu veröffentlichen. Er habe bereits vor einigen Jahren gesagt, das möge demonstrationslogistisch hilfreich sein – er wisse, wovon er spreche. Es sei aber sicherlich nicht unbedingt im Sinne des Schutzes unbeteiligter Dritter sinnvoll, anderen Menschen einen Weg zu weisen, wie sie einen solchen Transport zum Anlass nehmen könnten, Menschen, der Öffentlichkeit Schaden zuzufügen. Klar sei, dass es für einen Landesgesetzgeber und einen Bundesgesetzgeber schwierig sei, solche Transporte zu veröffentlichen. An Tagen wie diesen könne man salopp sagen, man sollte Herrn Snowden fragen, der vielleicht sagen könne, wo die Transporte demnächst her liefen. Er wisse vermutlich mehr als alle im Ausschuss zusammen.

Wenn man sich in dem politischen Bekenntnis dessen, was man nicht wolle, einig sei, dann wüsste er gerne, was die Piraten konkret erwarteten, was man über das politische Bekenntnis hinaus noch tun sollte. Das sei ihm bei dem Antrag nicht klar geworden. Obwohl der Antrag einiges Richtiges in der politischen Zielsetzung enthalte, könne seine Fraktion ihm insbesondere mit Blick auf die Forderung der Veröffentlichungen von Transporten, die man nicht wolle, nicht zustimmen.

Norbert Meesters (SPD) merkt an, sachlich richtig sei die Aussage in dem Antrag, dass im aktuellen Koalitionsvertrag klipp und klar stehe: „Wir lehnen sinnlose und gefährliche Atomtransporte quer durch NRW ab.“ Dazu habe Herr Markert gerade einige Ausführungen gemacht, die er jetzt nicht alle noch einmal wiederholen möchte.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Diese Koalition sei nicht für Atomtransporte quer durch Nordrhein-Westfalen. Das sei die politische Aussage.

Wenn man einen solchen Antrag stelle, der sich mit der Situation auseinandersetze, dass es diese Atomtransporte gebe und dass sie ein Gefährdungspotential darstellten, dann müsse man das auch sachgerecht tun – nicht so, wie es die Piraten in ihrem Antrag getan hätten, in dem sie Dinge forderten, die man auf Landesebene überhaupt nicht machen könne. Es sei nicht sachgerecht für ein Landesparlament, auf bundesrechtliche Regelungen abzuheben, die nur der Bund regeln könne, nicht das Land. Wenn die Piraten einen Masterplan-Atomausstieg forderten – das habe er schon in der Plenardebatte gesagt –, dann sei das Land rechtlich gar nicht in der Lage, das zu tun. Die Forderung gehe daneben.

Er wisse auch nicht, ob es sachlich gerechtfertigt sei, die Dinge alle öffentlich zu machen. Transparenz könne auch in manchen Fällen eine sehr gefährliche Sache sein. Wenn man Menschen, die kriminelle Absichten hätten, Tür und Tor öffne, mit solchen Gefahrgütern Schindluder zu treiben, wenn man ihnen quasi eine Landkarte auslege, für das sich solche Menschen Material für Anschläge besorgen könnten, dann sei das nicht sachdienlich.

Gedanken machen müsste man sich über die Frage, wie man das zukünftig auf Bundesebene ändern wolle, wie man auf der Ebene, die rechtlich zuständig sei, dafür Sorge trage, dass man dahin komme, dass diese Atomtransporte nicht mehr stattfinden. In dem Antrag werde gefordert, alle anstehenden Atomtransporte zu veröffentlichen und ein Gefahrgut-Informationssystem für Atomtransporte einzurichten, in dem Art, Umfang, Datum, Dauer, Transportbehälter usw. eingetragen werden sollten. Er rege an, sich einmal vorzustellen, was man mit solchen Informationen alles anfangen könne, wenn man die quasi im Wochenblatt veröffentliche. Der Antrag sei, von der Absicht her, gut gemeint, aber mit Blick auf die inhaltliche Auslegung und die Forderungen völlig an der Sache vorbei. Er müsse abgelehnt werden.

Karlheinz Busen (FDP) hält fest, über die Zuständigkeiten sei gesprochen worden. Herr Rohwedder mahne die Sachlichkeit an. In dem Antrag sei die Rede von zehntausenden Transporten aus Atomanlagen. Das sei völlig unsachlich. In diesen 10.000 Transporten seien sämtliche radioaktive Stoffe aus den Krankenhäusern, die zwischengelagert würden, mitgehalten. Eine solche Formulierung sei unsachlich.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) stellt klar, dieser Antrag sowie der nächste suggerierten, dass die Landesregierung in Sachen Atomausstieg nicht aktiv sei. Er erinnere daran, dass 2010 nach dem Regierungswechsel diese Landesregierung dafür gesorgt habe, dass sich im Bundesrat die Mehrheitsverhältnisse verändert hätten. Dadurch habe die Laufzeitverlängerung jedenfalls im Bundesrat keine Mehrheit mehr gehabt. Das sei der Anfang vom Ende einer Debatte gewesen. Der endgültige Atomausstieg sei durch diese Landesregierung maßgeblich vorangetrieben worden.

Wenn man Atomtransporte dauerhaft und rechtssicher beenden wolle, müsse man den Weg eines konsequenten Atomausstiegs weitergehen, das heiße das zu unter-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

stützen, was hoffentlich am Freitag den Abschluss am Bundesrat finde, dass man eine Endlagersuche bekomme, die auch zu einem Ergebnis führe, weil ein nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sicheres Endlager notwendig sei, um die gefährlichen radioaktiven Stoffe zu lagern. Kernproblem sei es, hier für die Zukunft Klarheit zu bekommen. Beispielsweise brauche man eine bundesrechtliche Verankerung, dass beispielsweise die Urananreicherungsanlage in Gronau rechtssicher beendet werde und damit Teil des Atomrechtes werde. Auch das würde einiges klarstellen.

Für die Frage Atomtransporte heiße das in Nordrhein-Westfalen, dass man Sicherheit mit Blick auf Jülich bekomme. Da sei die Rechtslage nicht abschließend geklärt. Hier müsse man dafür Sorge tragen, dass die Absicht, hier für Rechtssicherheit am Standort zu sorgen, greife und überflüssige Transporte vermieden würden. In der Perspektive für Ahaus gehe es um einen Endlagerstandort, sodass keine Zwischentransporte mehr nach Ahaus erforderlich seien, sondern Endlagertransporte. Dies sei Ziel der Landesregierung. Fachlich zuständig seien allerdings andere Häuser. Herr Görgens vom Innenministerium sei zu diesem Tagesordnungspunkt da. Für die Atomaufsicht sei das Wirtschaftsministerium anwesend, sodass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Häuser zu konkreten Fachfragen Stellung nehmen könnten.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) stellt heraus, bei der Veröffentlichung dieser Daten und dem Gefahrgut-Informationssystem, das Daten speichern solle, gehe es nicht unbedingt darum, dass das direkt vor einem Transport geschehe, sondern es gehe darum, dass zumindest die Einsatzkräfte, das technische Hilfswerk, Feuerwehren, der Zivilschutz wüssten, wann und wo was passieren könnte, damit sie sich darauf vorbereiten könnten. In Hamburg bei dem Brand auf dem Frachter habe man gesehen, welche Schwierigkeiten sie gehabt hätten. Es sei nicht bekannt gewesen, dass dieser Frachter eine Mischung von unterschiedlichen gefährlichen Frachten enthalten habe – Lösungsmittel, Munition, Uranhexafluorid.

Die Feuerwehr habe keine Chance gehabt, etwas zu tun. Sie habe den Brand nicht löschen können. Mit Wasser habe man es nicht tun dürfen. Kohlendioxid habe nicht zur Verfügung gestanden. Sie hätten unter Lebensgefahr das Uranhexafluorid vom brennenden Frachter werfen müssen. Das sei ein unmöglicher Zustand. Dem könne man vorbeugen, zumindest etwas mehr Sicherheit erreichen, wenn die Einsatzkräfte vorher wissen würden, was wann und wo transportiert werde.

Die Grünen sagten, sie lehnten die Transporte ab. Gleichzeitig seien es aber die Grünen mit gewesen, die dafür gesorgt hätten, dass es mehr Transporte hier in Nordrhein-Westfalen in Zukunft geben werde, weil der Erweiterungsbau in Gronau mit von einer rot-grünen Landesregierung 2005 genehmigt worden sei. 60.000 t Uranoxid könnten dort zusätzlich gelagert werden. Sie würden hin- und hergefahren. Sie müssten irgendwie dahin kommen. Er meine, das sei inkonsistent.

Nun sei gesagt worden, ein Masterplan für Nordrhein-Westfalen sei rechtswidrig. Da sei er sich nicht sicher, weil man in einen Masterplan genau das hineinschreibe, was das Land betreffe, wo das Land wirklich etwas machen könne. Man könne keinen

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

deutschlandweiten oder europaweiten Ausstieg da reinschreiben. Das sei sicher richtig. Das sei auch nicht die Intention. Das stehe hier auch nicht. Es gehe um einen Masterplan Nordrhein-Westfalen.

Herr Markert habe gesagt, man wolle nur einmal transportieren, nämlich vom Zwischenlager ins Endlager. Das sei eine gute Idee, wenn es einmal ein Endlager gebe. Im Moment sei es so, dass ein Endlagersuchgesetz auf Bundesebene verabschiedet werden solle, an dem die Grünen auch beteiligt seien. Das sei ein Kompromiss. Darin stehe, dass es wieder mehr Atomtransporte geben werde, weil der Export ins Ausland in diesem Endlagersuchgesetz mit geregelt werde. Da Sorge man tendenziell wieder für mehr Transporte. Zumindest bestehe die Gefahr, dass das passiere. Mit diesem Kompromiss werde dem kein Riegel vorgeschoben.

Zu Jülich: Er habe auch Zweifel, ob das Ganze rechtssicher sei. Es werde immer Rechtssicherheit gefordert. Es habe den Zustand gegeben, dass die befristete Genehmigung abgelaufen sei. Das zuständige Bundesamt habe die Genehmigung nicht verlängern wollen, weil es Zweifel an der Zuverlässigkeit habe. Der Wirtschafts- und Energieminister, Garrelt Duin, habe eine Anordnung auf Landesebene erlassen, damit sie weitermachen könnten. Da gehe plötzlich etwas auf Landesebene, was auf Bundesebene nicht gegangen sei. Auf Bundesebene heiße es, sie seien nicht zuverlässig genug, auf Landesebene gebe es plötzlich eine Anordnung. Das halte er für merkwürdig.

Josef Wirtz (CDU) kommt darauf zurück, mehrfach sei von den regierungstragenden Fraktionen die politische Absicht geäußert worden, dass keine Atomtransporte durch Nordrhein-Westfalen stattfänden. Das stehe im Koalitionsvertrag.

Der Minister habe die Endlagersuche angesprochen. Das wolle er differenzieren. Wenn, wie alle hofften würden, ein Endlager gefunden würde, dann – das sollte jedem klar sein – müsse transportiert werden, ob auf der Schiene, zu Wasser oder auf LKWs. Dahin zaubern, das gehe absolut nicht. Bei diesem sensiblen Thema arbeiten die unterschiedlichen Regierungen, die rot-grün geführte Landesregierung, im Bund die schwarz-gelb geführte Regierung weitgehend gut zusammen. Die Menschen würden verunsichert, wenn solche Anträge gestellt würden, vor allen Dingen aber dann, wenn der Landtag diesem Antrag auch noch zustimmen würde.

Bezüglich Jülich gebe es die Anordnung des Ministers, der in Nordrhein-Westfalen für die Atomaufsicht zuständig sei, des Wirtschaftsministers. Er habe, wie das in solchen Fällen vorgesehen sei, eine Anordnung verfügt, dass die Aufbewahrungsgenehmigung bis Ende des Jahres verlängert werde. Bis dahin habe das Bundesamt für Strahlenschutz signalisiert, dass es den Antrag auf Lagerverlängerung geprüft haben werde und dann hoffentlich auch genehmige, sodass die Aufbewahrung in Jülich für weitere drei Jahre gesichert sei. Auch das gehe nach Recht und Gesetz.

Er komme aus dem Jülicher Land. Da herrsche Ruhe. Die Sicherheit der Betroffenen werde nicht in Frage gestellt. Das hänge auch damit zusammen, dass es dieses Forschungszentrum schon über 50 Jahre gebe, früher habe es Kernforschungsanlage

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

(KFA) geheißen. Als es gegründet worden sei, sei es das Atomwerk in Jülich gewesen. Die Menschen in Jülich hätten großes Verständnis. Sie wüssten auch, dass die verantwortlichen Personen vor Ort im Forschungszentrum bis in die Vorstandsetage hinein sehr sorgfältig und verantwortungsvoll damit umgingen. Es diene nicht der Sache, wenn hier solche Anträge gestellt würden, die die Bevölkerung hochgradig verunsicherten.

Hans Christian Markert (GRÜNE) hält fest, man wisse nicht, auf welchen Routen Atomtransporte stattfänden. Herr Rohwedder habe vollkommen recht, dass es in Hamburg auf dem Brand auf einem Frachter, der einen Cocktail von gefährlichen Gütern enthalten habe, offensichtlich Unkenntnisse und Verwaltungsspannen gegeben habe. Davon könne sich niemand, der Regierungsverantwortung trage, freisprechen. Er habe aber den Eindruck, dass die Hamburger Behörden sehr sensibel reagiert hätten und sich für die Zukunft bemühen würden, solche Versäumnisse zu vermeiden.

(Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Schön, das machen wir in Nordrhein-Westfalen dann auch!)

– Man sollte schon das hinreichende Maß an Sachlichkeit, dass von den Piraten angemahnt worden sei, in der Debatte wahren. Obwohl er nicht wisse, wo die Routen verliefen, habe er nicht den Eindruck, dass die Feuerwehren und die Sicherheitskräfte vom Innenministerium und die zuständigen Stellen des Landes und des Bundes darüber nicht in Kenntnis gesetzt worden seien. Wenn Herr Rohwedder konkrete Anhaltspunkte habe, bitte er, diese auf den Tisch zu legen und die Leute nicht im Unklaren zu lassen. Das sei ein Stil, der nicht seiner und auch nicht Stil der Grünen sei.

Seit Gründung der Grünen warne seine Partei vor den Gefahren der Atomkraft. Die Grünen fühlten sich mit dem Ausstiegsbeschluss auch bestätigt. Er sei niemand, der mit den Ängsten der Bevölkerung spazieren gehe. Er habe auch nicht den Eindruck, dass die zuständigen Sicherheitsbehörden nicht involviert seien. Wenn Herr Rohwedder da konkrete Hinweise habe, dann bitte er ihn, diese jetzt auf den Tisch zu legen, damit die Fachkollegen aus den Häusern dazu Stellung nehmen könnten.

In der letzten Legislaturperiode habe man in der Tat nicht gewusst, wo die Routen herlaufen würden. In der letzten Legislaturperiode hätten sich seine Fraktion wie auch die Gewerkschaft der Polizei vehement gegen weitere Atomtransporte eingesetzt. Man habe es auch geschafft, die Atomtransporte von Jülich nach Ahaus bis heute zu verhindern. Der gefährliche, aus internationalen Gerechtigkeitsgründen nicht zu rechtfertigende Atomtransport von Ahaus nach Majak sei verhindert worden.

Das habe man geschafft, ohne die konkreten Routen zu kennen. Denn das politische Bekenntnis und der politische Einsatz hingen nicht davon ab, ob man wisse, dass ein einzelner Ort konkret der Route unterliege. Diese Transporte sollten nirgendwo stattfinden.

Letzter Punkt – er weise auf den nächsten Tagesordnungspunkt hin –: Es treffe zu, dass es bestimmte Genehmigungsverlängerungen in einer früheren Legislaturperiode

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

de gegeben habe. Man müsse aber immer die konkrete Legislaturperiode beurteilen, wenn man politische Urteile über die Regierung oder die sie tragenden Fraktionen fälle. Fakt sei jedenfalls, dass im Koalitionsvertrag von Rot-Grün die Arbeitsgrundlage, was Gronau betreffe, klar geregelt sei und dass es diese Genehmigungen zu dieser Zeit unter diesem Koalitionsvertrag durch die politisch Handelnden nicht gegeben habe.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) möchte die unterschiedlichen Baustellen beschreiben, damit man sie nicht durcheinander werfe. Das Eine sei die Notwendigkeit, ein Endlager zu suchen. Alle Expertinnen und Experten sagten, dass es sehr optimistisch sei, wenn man den Zeitraum 2040 anpeile, um ein solches Endlager tatsächlich zu bekommen. Das heiße, es sei noch ein sehr langer Zeitraum zu überbrücken. Für diesen Zeitraum müsse es zumindest für die Materialien, die man zum Beispiel aus dem Ausland wiederbekomme, politisch die Notwendigkeit geben, diese Transporte auch durchzuführen. Deutschland habe internationale Verpflichtungen. Da müsse es entsprechende Zwischenlager geben, die die Materialien aufnähmen. Für einen solchen Transport müsse man entsprechend eintreten. Das sei keine Frage.

Das zweite sei die Frage, wo die mittel- und schwachradioaktiven Abfälle hinkämen, die derzeit in Ahaus zwischengelagert würden, wofür es auch Genehmigung bis 2020 gebe. Es sei zu fragen, was danach passiere. Da gehe es auch darum, ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu bekommen. Er verweise auf die Diskussion um Schacht Konrad. Das müsse auch geklärt werden. Auch dafür werde es Transporte geben müssen, um hier abzuschließen.

Letzter Punkt: Er habe in keiner Weise behauptet, dass das, was die Landesregierung in Sachen Jülich habe unternehmen müssen, nicht rechtssicher sei. Er erinnere an die Ausgangslage der Diskussion. Die Ausgangslage sei gewesen, dass der Mehrheitseigentümer in Jülich – zu 90 % der Bund – lange Zeit darauf gesetzt habe, Atomtransporte durch Nordrhein-Westfalen nach Ahaus durchzuführen, und zwar über die Straße. Das sei Absicht gewesen.

Diese Landesregierung habe alles daran gesetzt, diese Transporte nach Möglichkeit überflüssig zu machen. Deshalb habe man interveniert. Die Bundesregierung habe dankenswerterweise Einsehen gehabt und gesagt, dass man jetzt die notwendigen Genehmigungsschritte angehen müsse. Sie seien nur so spät gekommen, dass die Antragsunterlagen nicht mehr hätten kurzfristig geprüft und vervollständigt werden können. Die nach dem Gesetz vorgesehene Möglichkeit werde jetzt vom Wirtschaftsminister angewendet. Jetzt gehe es darum, die Antragsunterlagen zu vervollständigen, die Prüfung durchzuführen und nach Möglichkeit, wie es Herr Wirtz dargestellt habe, die Verlängerung der Genehmigung des Zwischenlagers am jetzigen Standort zu erreichen. Gleichzeitig finde die Umweltverträglichkeitsprüfung statt, die Ende des Jahres für eine eventuelle bauliche Maßnahme in Richtung eines Zwischenlagers in Jülich abgeschlossen sein werde.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/3242 mit den Stimmen der Fraktionen von
SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die
Stimmen der Fraktion der Piraten **ab**.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

5 Urananreicherungsanlage in Gronau schließen

Antrag
der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/3243

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper merkt an, dieser Antrag sei vom Plenum in seiner Sitzung am 20. Juni an den Umweltausschuss überwiesen worden. Soweit kein Widerspruch erfolge, sollte der Antrag heute abschließend beraten werden.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) macht darauf aufmerksam, dass es in der Plenarwoche, in der der Antrag beraten worden sei, ein Urteil des Verwaltungsgerichtes in Schleswig-Holstein gegeben habe, wonach dem Zwischenlager Brunsbrüttel die Genehmigung verweigert worden sei, weil es nicht ausreichend sicher gegen Flugzeugabstürze und gegen Anwürfe mit Panzerfäusten sei. Die CDU gehe immer davon aus, dass es viele gefährliche Straftäter gebe, die nichts anderes vorhätten, als Straftaten gegen Nuklearanlagen zu begehen.

(Rainer Deppe [CDU]: Ihr seid mehr die Experten für Cyberkriminalität!)

– Damit werde man bei Castoren wenig ausrichten. Sie hätten keine Netzwerkschnittstellen.

Die Castoren seien relativ stabil, stabiler als die Fässer und Gebinde, in denen in Gronau Uranoxid und Uranhexafluorid gelagert würden. Er gehe davon aus, dass ein Gericht unter Würdigung der neuen Urteile aus Schleswig-Holstein und Brandenburg, das darüber zu befinden hätte, ob die Anlage in Gronau sicher genug sei, um betrieben werden zu dürfen, die Betriebsgenehmigung widerrufen würde. Er appelliere, dem Antrag zuzustimmen, um die Sicherheit der Bevölkerung im betroffenen Gebiet in Nordrhein-Westfalen, besonders in der Region um Gronau, zu verbessern.

Hans Christian Markert (GRÜNE) verweist auf die Beratung in der Plenarsitzung am 20. Juni – vgl. PIPr 16/34, S. 3068 ff. –, in der sich die Abgeordneten über die bundesgesetzlichen Regelungen und die landesgesetzgeberischen Beschränktheiten ausgetauscht hätten. Es sei festgestellt worden, dass es die Landesregierung tragenden Parteien gewesen seien, die die Landesregierung gebeten hätten, im Bundesrat einen entsprechenden Antrag einzubringen, nach der die gesamte nukleare Brennstoffkette zu beenden sei. Dieser Antrag habe bereits einmal im Bundesrat eine Mehrheit bekommen. Die Bundesregierung weigere sich, den Antrag umzusetzen. Dagegen könne eine Landesregierung, egal, welche Farbkonstellationen sich da gegenüberstünden, manchmal nichts machen. Der politische Wille sei vorhanden.

Die gesetzliche Grundlage für die Schließung dieser Urananreicherungsanlage wäre im Atomgesetz gegeben. Da müsse man sich auch Fragen des Bestandsschutzes und internationale Vertragswerke anschauen. Jedenfalls habe der Landesgesetzgeber nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, die Anlage stillzulegen. § 7 Atomgesetz –

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Genehmigung von Anlagen – sehe so etwas vor. Die entsprechenden Voraussetzungen müssten erfüllt sein. Die Atomaufsichtsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen habe das im Rahmen des Stresstests unter anderem intensiv geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen – das Wirtschaftsministerium –, dass die Voraussetzungen des § 7 nicht vorlägen. Das könne man anders beurteilen. Das müsse man dann vortragen. Jedenfalls sei die Rechtslage insofern klar.

Heute werde immer nur erklärt, wie man alles anders bewerkstelligen könne. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wollten die Urananreicherungsanlage in Gronau stilllegen. Jetzt kämen die Piraten mit einem Urteil, das die Zwischenlagerung in Brunsbüttel betreffe, und versuchten, das jetzt eins zu eins zu übertragen. Zum einen handele es sich um unterschiedliche nukleare Materien. Uranhexafluorid unter freiem Himmel sei nicht schön, sei aber etwas anderes als nukleares endzulagerndes Material, das man aufgrund internationaler Verpflichtungen zurücknehmen müsse oder das aus dem atomaren Betrieb in Brunsbüttel stamme.

Wenn man die Unterschiedlichkeit der Anlagen vergleichen würde, sei es auf der anderen Seite immer noch eine Frage, ob die Voraussetzungen in Brunsbüttel eins zu eins auf die Anlage in Gronau zu übertragen seien. Gesetzt den Fall, es wären vergleichbare Materialien, was man wohl aufgrund der Materialien verneinen müsse, würde sich immer noch die Frage stellen, ob die beiden Anlagen vergleichbar seien.

Er wäre Herrn Rohwedder dankbar, wenn er einen Weg aufzeigen könnte, wie der Landesgesetzgeber rechtssicher, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei, die Anlage beenden könnte. Die Grünen jedenfalls würden darauf hinwirken, dass nach der Bundestagswahl das Atomgesetz so novelliert werde, dass, wie in dem Bundesratsantrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen geschehen, diese Anlage rechtssicher beendet werden könne.

Karlheinz Busen (FDP) betont, der Antrag sei nicht sachlich. Es werde einfach unterstellt: Bei der Sicherheitsüberprüfung der Urananreicherungsanlage in Gronau seien entscheidende Sicherheitsaspekte einfach ausgeklammert worden. Dann heiße es, die Sicherheitsmängel lägen auf der Hand.

Vor einigen Wochen hätten in der Ratssitzung in Gronau Vertreter der Atomaufsichtsbehörde klipp und klar erklärt, die Anlage habe den Stresstest bestanden, die Anlage sei sicher und auch betriebsfähig. Das werde einfach ausgeklammert.

Dann heiße es in dem Antrag auch noch, weder die Landesregierung noch die Bundesregierung nähmen die Gefährlichkeit der Urananreicherung ernst. Das sei eine böartige Unterstellung. Jeder, der Verantwortung trage, nehme auch die Gefährlichkeit ernst und versetze nicht die Menschen durch unsägliche Behauptungen in Angst und Schrecken. Das sei nicht sachlich und auch nicht in Ordnung. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Rainer Christian Thiel (SPD) meint, zu den Transporten sei in der Diskussion zu dem Antrag davor Ausreichendes gesagt worden. Das sei in diesem Antrag an meh-

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

rerer Stellen auch Thema. Der eigentliche Diskussionsgegenstand sei Punkt II. Er wiederhole: Die Stresstests seien nicht nur bestanden worden, sondern auch der Stand der Technik, der fortgeschritten sei, werde beachtet. Es gebe keine Hinweise auf die Gefährdungen, so wie es in dem Antrag suggeriert werde. Es sei unverantwortlich, eine Gefährdung zu suggerieren, die real nicht vorliege. Er bitte, so etwas konkret zu belegen oder es sein zu lassen.

Den rechtlichen Bewertungen könne er sich nur anschließen. Das Thema Atomausstieg sei älter als die Piraten. Viele hätten daran mitgewirkt. Es sei auch schön, wenn die Piraten daran mitwirkten. Nur sollten sie es auf eine Art und Weise tun, dass man zu Ergebnissen komme, die die Menschen nicht weiter verunsicherten. Am Ende müsse man den Ausstieg aus der Atomenergie so hinbekommen, dass das, was die Transporte und die Lagerungen angehe, endgültig geregelt sei. Man dürfe niemanden verrückt machen, nur um irgendwo ein Zehntel Prozentpunkt zu bekommen. Das Thema gebe das nicht her.

Thomas Kufen (CDU) kommt auf den Koalitionsvertrag von Rot-Grün zu sprechen, der Formulierungen enthalte, die suggerierten, dass etwas getan werde. Bei der Formulierung sei schon klar gewesen, dass das so einfach gar nicht gehe. Jetzt werde man von den Piraten quasi überrundet. Frechere Forderungen würden draufgelegt. Das bringe Rot-Grün in Schwierigkeiten,

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Sie sehen uns sehr entspannt!)

weil man auch sehe, welche Schwierigkeiten selbst die Formulierungen, die im Koalitionsvertrag gewählt worden seien, darstellten, um zu einem Ergebnis zu kommen, das in diesem Landtag eine Rolle spiele. Hier finde ein Wettbewerb in Utopia statt. Die Sache sei aber zu ernst.

Die beiden Anträge der Piratenfraktion seien nicht notwendig. In dem Antrag Drucksache 16/3243 sei die Rede von unzureichendem Schutz, Gefahr für Leib und Leben, Mensch und Region die Rede. So etwas müsse man, wenn man es ernst meine, belegen. Man dürfe nicht einfach Behauptungen in den Raum stellen und gucken, was passiere. Das sei der Sache völlig unangemessen. Es sei davon auszugehen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort arbeiteten, dass Menschen dort wohnen würden. Auch denke er an die politisch Verantwortlichen, die am Ende den Kopf hinhalten müssten. Der Minister müsse gleich die Frage beantworten, ob es für diese Behauptungen einen Anhaltspunkt gebe, ja oder nein. Er werde die Frage verneinen. Nach den vorliegenden Kenntnissen gebe es einen ausreichenden Schutz.

Hier werde ein gefährliches Spiel bei einem Thema versucht, an das man angesichts der Ängste und Sorgen, die es gebe, besonnen herangehen sollte. Da sollte man nicht einen Antrag herausgeben in der Hoffnung, dass irgendetwas passiere. Er bitte den Minister klarzustellen, dass es keine Bedenken bei den Betreibern dieser Urananlage gebe, dass alle Sicherheitsvorkehrungen eingehalten würden. Alles andere müsse am Ende auf Bundesebene rechtsrum wie linksrum geregelt werden. Man brauche nicht weiter darüber zu diskutieren.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Die Kritik sei nun von allen Fraktionen gekommen. Er hoffe, dass Herr Rohwedder die Kritik ernst nehme und beim nächsten Mal auch bei den Formulierungen überlege, statt den heißen Ritt mit der Rasierklinge bei einem Thema vorzunehmen, das angemessen behandelt werden sollte.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) erinnert daran, dass es bereits zwei Initiativen der Landesregierung im Bundesrat gegeben habe, die zu einer erfolgreichen Beschlussfassung des Bundesrates geführt hätten, nämlich einmal die Forderung an die Bundesregierung, die Beendigung der Atomanreicherung in Gronau rechtssicher umzusetzen. Er wolle jetzt nicht den Schwarzen Peter hin- und herschieben, aber es wäre schön, wenn die Bundesregierung zumindest antworten würde. Sie müsse es nicht tun. Der Föderalismus sei so organisiert, dass das in der Schublade im Bundestag verschwinden könne. Es wäre schön, wenn die Menschen in NRW wüssten, wie die Bundesregierung zu dieser Frage stehe.

Es gebe die atomrechtliche Fragestellung, dass die Atomanreicherungsanlage, die technisch klar zum Atomkreislauf gehöre, aktuell nicht unter das Atomgesetz falle. Insofern sei die Frage offen, wie die Bundesregierung, die die Atomanreicherungsanlage in internationalen Verträgen mit einer Patronatserklärung unterhalte, wenn sie sage, sie wolle aus der Atomenergie aussteigen, die, bezogen auf diese Anlage, umsetzen wolle. Diese Frage stehe im Raum. Es wäre hilfreich, wenn sich die Bundesregierung dazu positionieren würde.

Die Genehmigung werde bei einer solchen Anlage nach Immissionsrecht erteilt. Immissionsrecht sei nicht Teil des Atomrechtes. Da seien die Anforderungen des Immissionsrechts zu berücksichtigen. Es handele sich um gebundene Entscheidungen. Da gebe es keinen Ermessensspielraum. Wenn eine Anlage technisch die Anforderungen erfülle, dann seien die Genehmigungen zu erteilen. Es bleibe die atomrechtliche Frage, in welcher Weise diese Anlage rechtssicher unter Atomrecht zu beenden wäre. NRW habe einen Weg aufgezeigt. Man wäre schon daran interessiert, wenn die Bundesregierung hierzu eine Stellungnahme abgeben würde.

Zu den von Herrn Rohwedder aufgeworfenen Fragen: Da müsse man unterscheiden, worüber man rede. Das Gerichtsurteil, das das Gericht in Schleswig-Holstein zu Brunsbüttel erlassen habe, beziehe sich auf hochradioaktiven Abfall in einem dafür vorgesehenen Zwischenlager. In Gronau rede man nicht über hochradioaktiven Abfall. Es seien Produkte, die jedenfalls nicht diese Gefährlichkeit hätten. Deshalb werde die Landesregierung selbstverständlich prüfen, welche Auswirkungen das Urteil habe, wenn es schriftlich vorliege. Er bitte, zwischen den unterschiedlichen Rechtsmaterien zu unterscheiden.

Bezüglich der Frage Stresstest sei im zuständigen Ausschuss vom zuständigen Minister auch auf Grundlage der Gutachten, die präsentiert worden seien, dargestellt worden, dass es keine Anhaltspunkte für die Landesregierung und die Aufsichtsbehörden gebe, an der Frage, ob die Anlage sicher sei, zu zweifeln.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Das Umweltministerium mit dem Zuständigkeitsbereich Immissionsschutz sei da beteiligt, wenn es um die Frage von Ausbreitungsberechnungen der Stoffe gehe, die dort in Anspruch genommen werden könnten. Da gebe es keine Hinweise darauf, dass es zu Gefährdungen komme.

Wenn es konkrete fachliche Hinweise gebe, gehe man denen selbstverständlich nach. Solche Hinweise lägen nicht vor.

Karlheinz Busen (FDP) merkt an, die Urananreicherungsanlage in Gronau sei keine atomare Anlage. Es sei eine reine Chemieanlage. Es werde Uran 235 auf 237 angereichert. Das sei ein einfacher chemischer Prozess.

Die Chemieanlagen Bayer und Hoechst seien wesentlich gefährlicher im Ruhrgebiet als die Anlage in Gronau. Wenn man Gronau dicht machen würde und zehn Kilometer weiter in Almelo die Anlage erweitern würde, hätte das keine Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung.

Hans Christian Markert (GRÜNE) erwidert, die Urananreicherungsanlage in Gronau sei eine Anlage, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der nuklearen Brennstoffkette zu sehen sei. Die Hälfte bis 70 % der jährlich angereicherten Produkte weltweit stammten aus der Urananreicherungsanlage in Gronau, das könne man in Geschäftsberichten der URENCO selber nachlesen. Da sei ein erheblicher Umfang an der Beteiligung an der nuklearen Brennstoffkette festzustellen.

Man müsse bezüglich der Gefahrenbeurteilungen sehen: Uranhexafluorid sei bei Explosionen, Brandereignissen sicherlich ein gefährlicher chemischer Cocktail mit einem nuklearen Potenzial, was vor allem eine Lungengängigkeit durch die Flusssäure, die entstehe, bedeute.

Flugrouten verliefen nach den ihm vorliegenden Informationen, die er sich von der Atomaufsicht habe vorlegen lassen, nicht über Gronau. Herr Rohwedder sage, es könne ja sein, dass ein böser Mensch, wie man es seinerzeit in Amerika erlebt habe, da einmal reinfliege. Wenn man so argumentiere, dann sei man, wie Herr Busen eben gesagt habe, auch bei den Chemieparcs und an anderen Stellen vor den bösen Menschen nicht gefeit. Die absolute Sicherheit gebe es in einem Industrieland nicht.

Nukleare Technologie sei ohne die Urananreicherung weltweit nicht möglich. Die Grünen wollten, dass politisch darauf hingearbeitet werde, diese Anlage zu schließen. Die Grünen bäten die Bundesregierung darauf zu reagieren. Er hoffe, dass die nächste Bundesregierung den Bundesratsantrag umsetzen werde.

Ob das anderswo umgesetzt werde: Man sei hier nicht für die Niederlande, sondern für Nordrhein-Westfalen bzw. die Bundesrepublik Deutschland zuständig. Das müssten die Holländer klären. Da werde es politische Kräfte geben, die möglicherweise daraufhin arbeiteten, dass dieses Kapital der Industriegeschichte irgendwann endgültig geschlossen werde.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) kommt darauf zurück, dass Herr Markert zum letzten Antrag gesagt habe, dass es gelungen sei, zumindest einige Nukleartransporte zu verhindern, die von Jülich nach Ahaus oder einen internationalen Transport. Er verstehe nicht, wie das möglich sei, obwohl immer nur der Bund zuständig sei und das Land nie etwas machen könne. Das sei nicht konsistent. Er habe den Eindruck, man gebe sich nicht genügend Mühe. Herr Markert habe gesagt, man habe es geschafft, einige Transporte zu verhindern. Weitergehen wolle er nicht. Das sei wenig. Er hätte gerne mehr. Er würde gerne sehen, dass sich in dem Bereich mehr tue.

Herr Busen habe von der Gefahr gesprochen. Natürlich seien Chemiewerke auch gefährlich. Dass Almelo in Holland liege und Nordrhein-Westfalen dafür nicht zuständig sei, dass man nicht einen Missstand mit einem anderen begründen könne, das sei Politik 1.0. Das werde immer wieder gemacht. Man könne nicht sagen, irgendwo anders sei es schlimmer oder schlechter als hier, deshalb könne man es hier genauso schlimm oder schlecht machen. Ziel müsse es sein, die Sachen zu verbessern, nicht zu verschlechtern. Einen Missstand mit einem anderen zu begründen, sei keine gute Argumentation.

Urandioxid habe die unangenehme Eigenschaft, dass es lungengängig sei, dass es als Feinstaub durch die Gegend fliege. Es sei gefährlich, vor allem weil 60.000 t davon in Gronau lagerten.

Zum Stresstest, der durchgeführt worden sei: Stresstest sei ein Test nach Aktenlage. Es mache natürlich keinen Sinn, eine Truppe Saboteure in ein Werk zu schicken, um zu gucken, ob das, was in den Akten stehe, auch wirklich stimme. Man könne es nicht anders machen als durch einen Test nach Aktenlage. In diesem Test sei ausgeblendet worden, dass die geforderten Sicherheitsmaßnahmen, die Richtlinien, die eingehalten werden müssten, aus den 80er-Jahren stammen würden. Die Gefahr von Flugzeugabstürzen sei ausgeklammert worden. Es sei nicht berücksichtigt worden, dass in Twente ein neuer Flughafen in Betrieb gehe. All diese Dinge seien in dem Stresstest nicht berücksichtigt worden. Das sei auch auf der Ratssitzung in Gronau so dargestellt worden.

Im Rat sei von einem Geschäftsführer der URENCO, Herrn Dr. Ohnemus, auf Nachfrage der Ratsmitglieder nebulös gesagt: Wir haben Maßnahmen getroffen, die die Anfliegbarkeit der Urananreicherungsanlage deutlich erschweren. – Er frage sich, welche Maßnahmen eine Firma wie URENCO treffen könne, um die Anfliegbarkeit einer Anlage deutlich zu erschweren. Vielleicht könne ja jemand dazu Stellung nehmen.

Er meine, dass die Probleme, die in dem Antrag geschildert würden, und die Vorschläge, die der Antrag enthalte, in der Diskussion nicht widerlegt worden seien. Er bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/3243 mit den Stimmen der Fraktionen von

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die
Stimmen der Fraktion der Piraten **ab.**

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

6 Ergebnisse und Erfahrungen des Kompetenzzentrums Verbraucherforschung NRW

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/995

Stellvertretende Vorsitzende Cornelia Ruhkemper merkt an, mit Schreiben vom 25. Juni hätten die Koalitionsfraktionen um einen entsprechenden Bericht gebeten, der mit Vorlage 16/995 übersandt worden sei.

Inge Blask (SPD) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Sie frage, welche Möglichkeiten es gebe, dass die Forschungsergebnisse auch in die politische Arbeit des Landtags einfließen.

Thorsten Schick (CDU) erklärt sein Einverständnis mit dem Bericht. Verbraucherschutz sei auch für die CDU ein wichtiges Thema. Die CDU habe verschiedene Kürzungsvorschläge eingereicht. Der Bereich der Verbraucherzentralen sei ausgenommen gewesen. Er bedanke sich – Herr Müller sei anwesend – bei denjenigen, die die Arbeit tagtäglich leisteten und hohe Wertschätzung erführen. Das sei auch Gelegenheit, den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzureichen.

(Allgemeiner Beifall)

Es sei richtig, sich diesen Bericht anzuschauen. Es gehe um über 600.000 €. Die Situation im Landeshaushalt sei bekannt. Von daher sei es interessant zu erfahren, wo die Schwerpunkte gesetzt würden. Man müsse diese Summe verantworten. Die Politik habe ein Augenmerk darauf. Er sehe aber keinen Grund, in irgendeiner Weise etwas zu kritisieren.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) unterstreicht, das Projekt sei bis 2014 angelegt. Die Ergebnisse, soweit sie bekannt seien, würden fortlaufend in der Arbeit berücksichtigt. Das Ganze werde veröffentlicht.

Wenn er gefragt würde, wo er zum jetzigen Zeitpunkt die Initiativen und Schwerpunkte für die Zeit nach 2014 sehen würde, dann gehe es darum, Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen zu verstetigen. Das sei ein junger Zweig, sehr querschnittsorientiert. Unter dem Blickwinkel von Verbraucherinnen und Verbraucherinteressen mache es Sinn, mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in einen dauerhaften Dialog zu treten, an welcher Stelle das verstetigt werden könne.

Eine besondere Fragestellung gebe es im Bereich Verbraucherbildung, wie man die Verbraucherbildung breit implementieren könne, sodass sie auch in den Einrichtungen Schule, Kindergarten, Hochschule, Weiterbildung verankert werde. Bekannt sei, dass im Bereich der Ernährung, Ernährungsbildung ein besonderer Schwerpunkt mit dem runden Tisch gesetzt sei. Es gebe die entsprechenden Bezüge.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

7 Entwurf einer Verordnung zur Veränderung von Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Vorlage 16/970

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper merkt an, die Landesregierung habe beschlossen, diese Verordnung vorbehaltlich des Ergebnisses der Anhörung im Umweltausschuss auszufertigen.

Josef Hovenjürgen (CDU) erkundigt sich, was man genau mit dieser Verordnung erreichen wolle.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) antwortet, zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung habe es eine Initiative gegeben, in der generell festgelegt worden sei, alles zu befristen. Es habe ein Befristungsgesetz gegeben. Nun sei es so, dass Verordnungen und Gesetze abgelaufen seien. Zusätzlicher Verwaltungsaufwand werde dadurch provoziert, dass man jetzt immer prüfen müsse, ob man die Befristung verlängere. Es bestehe die Möglichkeit, die Befristung ganz entfallen zu lassen und wie in diesem Fall die Befristung aufzuheben, weil die Landesregierung davon ausgehe, dass diese Verordnung dauerhaft gebraucht werde.

Josef Hovenjürgen (CDU) meint, eventuell sollte man die Anhörung abwarten. Es mache Sinn, immer wieder zu überprüfen, ob man das, was man als Recht setze, dauerhaft brauche und ob die Gesetze noch zeitgemäß seien. Diesen Sinn habe die Befristung sicher auch. Er sei auf die Anhörung gespannt.

Der Ausschuss werde angehört, entgegnet **Minister Johannes Remmel (MKULNV)**. Ihn würde das Urteil der Abgeordneten schon interessieren.

Josef Hovenjürgen (CDU) plädiert dafür, dass man regelmäßig die Rechtsetzungen überprüfe, ob sie zeitgemäß seien, ob man sie noch brauche. Er würde befürworten, wenn man es bei einer regelmäßigen Überprüfung belasse.

Karlheinz Busen (FDP) merkt an, unter der Regierung Peer Steinbrück habe der Innenminister gesagt, Nordrhein-Westfalen mache ernst mit dem Bürokratieabbau. Künftig sollten Gesetze und Verordnungen in ihrer Geltungsdauer befristet und soweit wie möglich mit einem Verfallsdatum versehen werden. Das sei die SPD-Regierung gewesen.

Minister Johannes Remmel (MKULNV) bestätigt das. Da sei es um neue Gesetze gegangen, die befristet worden seien. In der Regierungszeit 2005 bis 2010 seien rückwirkend alle Gesetze einer Befristung unterworfen worden, was jetzt dazu führe,

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
18. Sitzung (öffentlich)

03.07.2013
sd-ka

dass man einzeln prüfen müsse. Personalkapazität werde auch damit gebunden. Jetzt gehe es um die Anhörung des Ausschusses bei dieser konkreten Verordnung.

Stellv. Vorsitzende Cornelia Ruhkemper fragt Herrn Hovenjürgen, ob er Änderungsvorschläge zu dem Entwurf habe. Im Übrigen stimme der Ausschuss heute nicht über den Entwurf ab. Jetzt habe der Ausschuss noch Gelegenheit, Änderungswünsche vorzutragen.

Josef Hovenjürgen (CDU) meint, die Aneinanderreihung von Paragraphen sei natürlich schwer nachzuvollziehen. Für die Parlamentarier sei es schwierig, daraus einen Rückschluss zu ziehen. Er nehme den Verordnungsentwurf zur Kenntnis. Die grundsätzliche Absicht, die hinter der Befristung stehe, teile seine Fraktion nach wie vor.

Der **Ausschuss** wurde **angehört**.

gez. Cornelia Ruhkemper
Stellv. Vorsitzende

2 Anlagen

29.07.2013/05.08.2013

160



Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

„Das Landesclustermanagement Wald und Holz in Nordrhein-Westfalen“

03. Juli 2013

Vielen Dank für die Einladung!

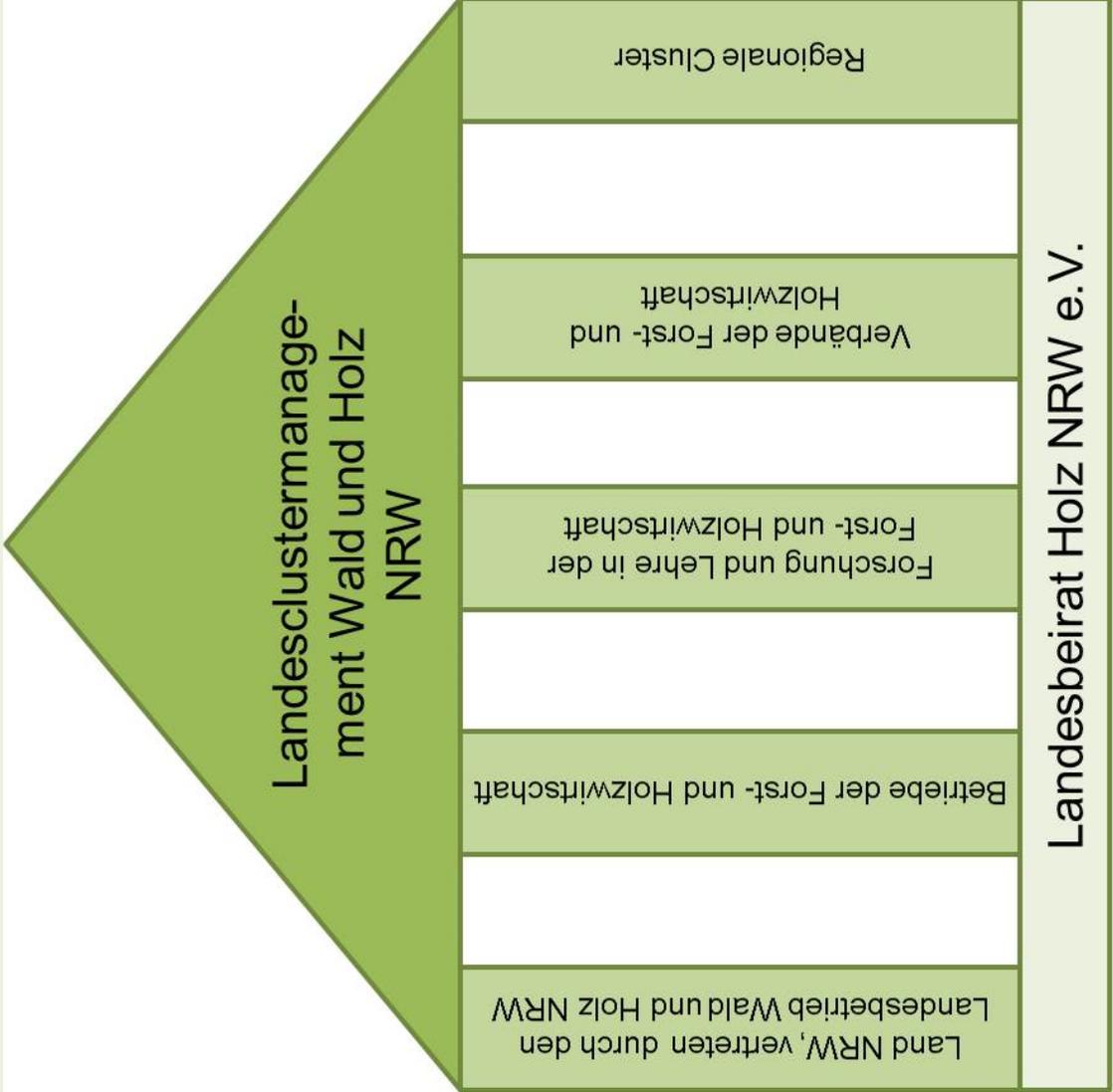


Clusters Wald und Holz in NRW

1. Hintergrund des LCM
2. Hauptziele des LCM
3. Beispiele der Clusterarbeit
4. Politische Maßnahmen zur Entwicklung des
Clusters Wald und Holz in NRW



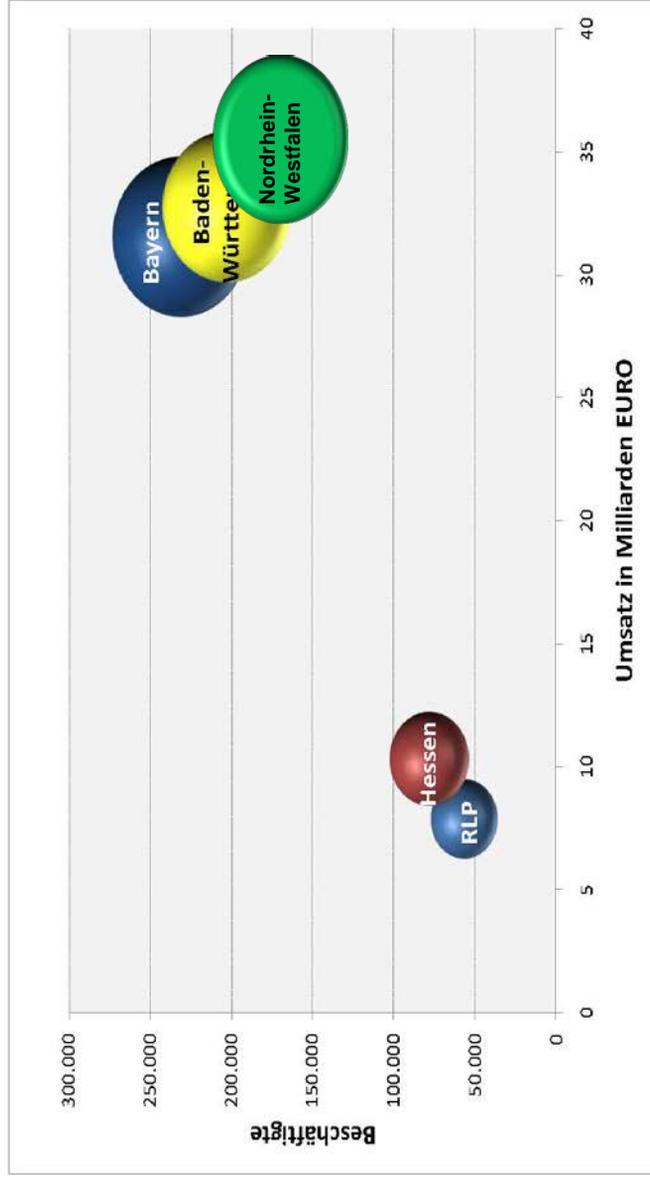
1. Hintergrund des LCM



1. Hintergrund des LCM



Cluster Wald und Holz NRW im Vergleich





2. Hauptziele des LCM

- Erhalt der Wertschöpfungskette des Clusters Wald und Holz.
- Verdeutlichung der Vorbildfunktion des Clusters Wald und Holz für nachhaltiges Wirtschaften, Ressourceneffizienz und Klimaschutz.
- Verbesserung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Clusters Wald und Holz.



3. Beispiele der Clusterarbeit

- **Implementierung der Waldwegesoftware der NavLog GmbH bei Kleinunternehmen und Waldbesitzern (gemeinsam mit dem WBV NRW):**
 - bis dato nutzen insges. 56 Unternehmen und Forstbetriebe die Rahmenvereinbarung des Landes NRW



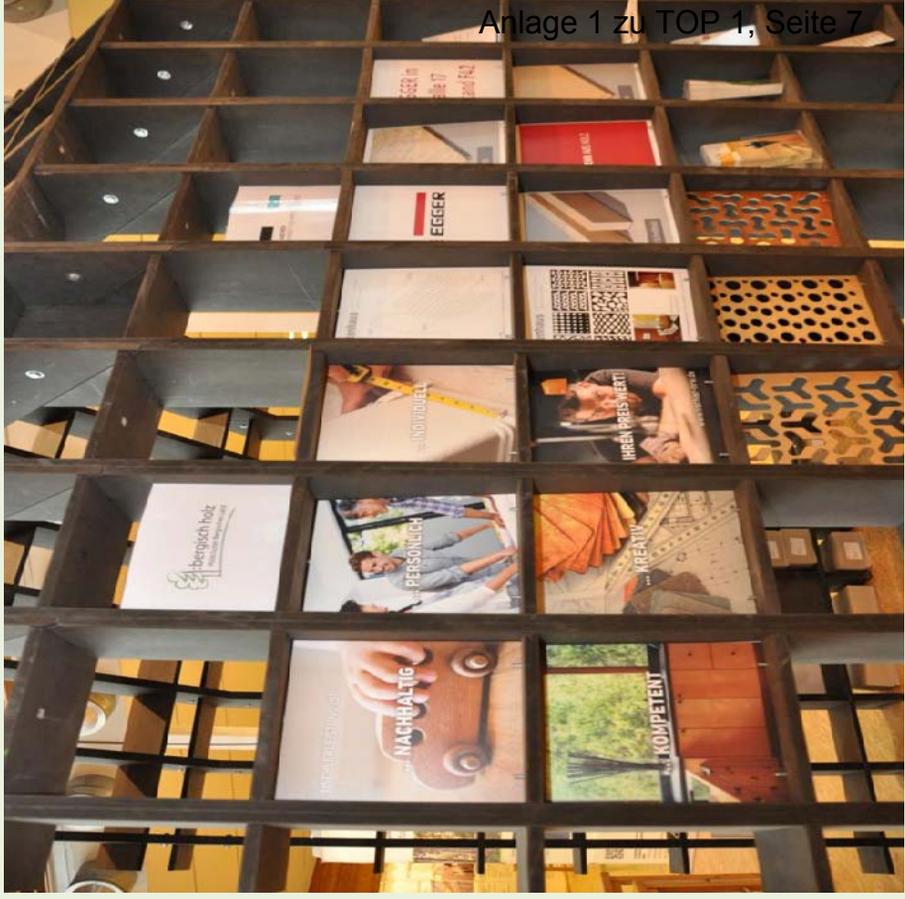


Landesbetrieb Holz
Nordrhein-Westfalen

3. Beispiele der Clusterarbeit



Präsentation des Clusters auf der LIGNA 2013 in Hannover





3. Beispiele der Clusterarbeit

Präsentation des Clusters auf der LIGNA 2013 in Hannover



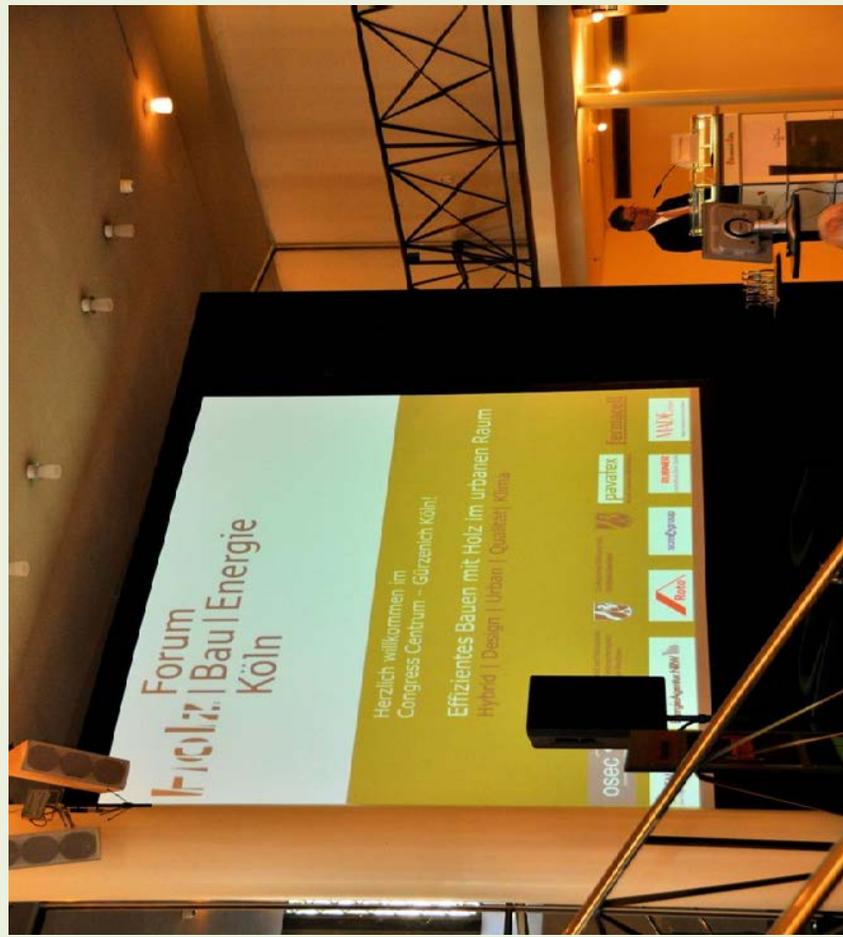


Landesbetrieb Holz
Nordrhein-Westfalen

3. Beispiele der Clusterarbeit



6. Europäischer Kongress Bauen mit Holz (EBH) am 6./7. Juni 2013 in Köln





Landesbetrieb Holz
Nordrhein-Westfalen

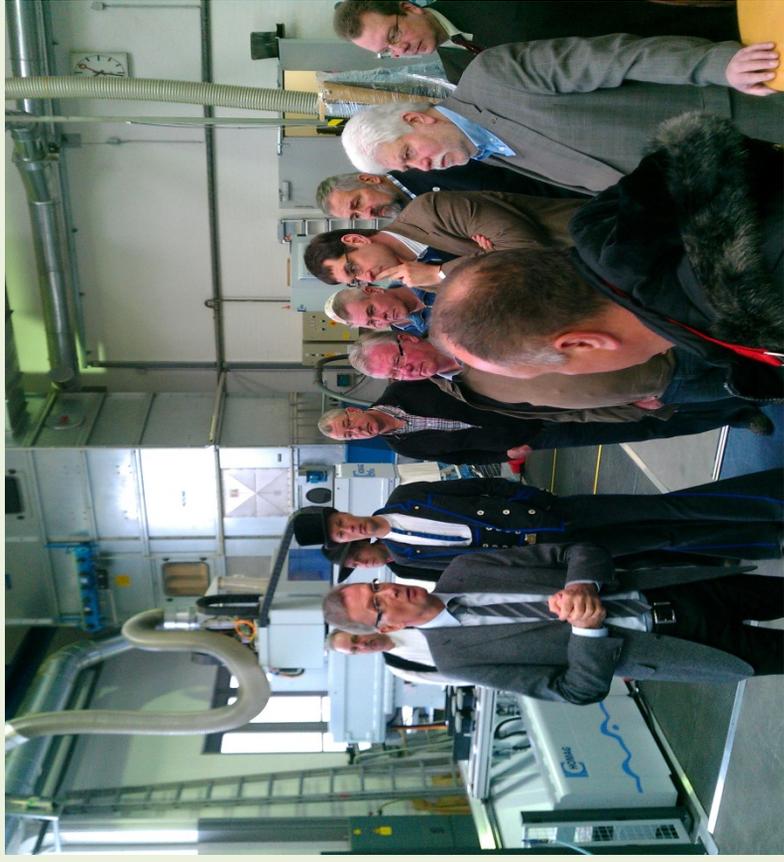
3. Beispiele der Clusterarbeit

CLUSTER
WALD + HOLZ
NRW



Besuch ukrainischer Forstleute in Olsberg

Obermeistertagung der Zimmerer in Rietberg



3. Beispiele der Clusterarbeit



Beteiligung am Studienforum der VHS Beckum



Vortrag beim Regionalcluster Bergisches Land





3. Beispiele der Clusterarbeit



WWW.CLUSTER-WALD-HOLZ.DE

- Echte Branchenplattform für alle Akteure des Clusters!
- Freigeschaltet am 20. Dezember 2012
- Seit der Zeit ca. 200 Zugriffe pro Tag mit einer Verweildauer von ca. 5 Minuten





- Änderung der Landesbauordnung
(z.B. Zulassung des mehrgeschossigen Holzbaus)
- Unterstützung der Holzmobilisierung
(z.B. durch Prüfung der Anwendbarkeit des § 6 des EstG auf Forstbetriebe)
- Verwendung von Holz bei öffentlichen Bauvorhaben
- Aufnahme des Clusters Wald und Holz in die Riege der Landescluster



Tischvorlage
für die Sitzung des Ausschuss für
Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
am 03. Juli 2013

Beschlussempfehlung des Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Beschreibung der Aufgaben des Unterausschusses "Klimaschutzplan "

Der gemäß § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags beschlossene Unterausschusses „Klimaschutzplan“ beschreibt seine Aufgaben folgendermaßen:

1. Der Unterausschuss "Klimaschutzplan" hat die Aufgabe, den Erstellungsprozess des Klimaschutzplans und die im Klimaschutzplan vorgeschlagenen Maßnahmen sowie ihre politischen Auswirkungen zu diskutieren und parlamentarisch zu begleiten. Er kann in seine Entscheidungsfindung relevante gesellschaftliche Gruppen sowie die kommunalen Spitzenverbände einbinden.
2. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll der Unterausschuss zeitnah und eng den Prozess der Klimaschutzplanerstellung begleiten und sich mit dessen Erarbeitungsprozess beschäftigen. Anregungen und Vorschläge aus dem Unterausschuss zum Klimaschutzplan sollen der Landesregierung, dem „Koordinierungskreis Klimaschutzplan“ sowie den einzelnen Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt werden.
3. Nach Verabschiedung des Klimaschutzplans hat der Unterausschuss die Aufgabe, sich über die Umsetzung des Klimaschutzplans zu informieren und diese parlamentarisch zu begleiten und zu kontrollieren. Dazu gehört auch das im Klimaschutzgesetz vorgesehene Monitoring.
4. Der Unterausschuss "Klimaschutzplan" kann dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Vorschläge unterbreiten, die geeignet erscheinen, die Klimaschutzpolitik des Landes zu unterstützen.
5. Der Unterausschuss berichtet dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum Abschluss der Legislaturperiode über seine Tätigkeit.
6. Der Unterausschuss kann zu seinen Sitzungen Vertreter/innen des „Koordinierungskreises Klimaschutzplan“ und der jeweiligen Arbeitsgruppen, als auch des Sachverständigenrats „Klimaschutz“ und der mit der wissenschaftlichen Begleitung beauftragten Einrichtungen als Sachverständige zuziehen. Für die Zuziehung weiterer Sachverständiger gilt § 56 der Geschäftsordnung des Landtags.
7. Die Landesregierung, insbesondere das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, wird ersucht, den Unterausschuss bei der Erfüllung der vorstehend genannten Aufgaben zu unterstützen. So sollte insbesondere dafür Sorge getragen werden, dass dem

Ausschuss alle von ihm erbetenen und zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Auskünfte und Berichte gegeben werden.

8. Der Unterausschuss tagt grundsätzlich öffentlich. Über die Ergebnisse seiner Sitzungen wird ein Ergebnisprotokoll sowie ein Tonmitschnitt geführt.